



Eingliederungsindikatoren 2014

Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich

Studie der Statistik Austria im Auftrag des
Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz



Wien, August 2015

Für den Inhalt verantwortlich:
Matthias Till (Projektleitung)
Johannes Klotz
Vlasta Zucha

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung.....	6
2.	Überblick der Indikatoren	8
2.1	Lebensbedingungen für Menschen, die zur Europa 2020 Zielgruppe zählen.....	9
2.2	Statistisch aussagekräftige Veränderungen	11
3.	Lebensstandard: Anstieg der Realeinkommen und Rückgang von Zahlungsproblemen	19
3.1	Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen	19
3.2	Nationale Einkommensarmutslücke	21
3.3	Manifeste Armut (Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung)	23
3.4	Dauerhaft manifeste Armut (verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung).....	25
3.5	Wiederholte Zahlungsprobleme	27
4.	Wohnen	29
4.1	Wohnkostenüberbelastung	29
4.2	Überbelag	31
4.3	Sehr schlechter Wohnstandard	33
4.4	Belastung durch Wohnumgebung	35
4.5	Registrierte Wohnungslosigkeit.....	36
5.	Arbeitsmarkt	39
5.1	Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit.....	39
5.2	Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	41
5.3	Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	43
5.4	Langzeitbeschäftigungslosigkeit	45
5.5	Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	46
6.	Steigende Bildungsaktivität, dennoch anhaltende Bildungsungleichheiten	47
6.1	Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität	47
6.2	Bildungsaktivität	49
6.3	Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs)	51
6.4	Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen	53
7.	Soziale Unterschiede bei Gesundheit.....	55
7.1	Mehrfache Gesundheitseinschränkungen	55

7.2	Soziale Lebenserwartungsdifferenzen.....	57
8.	Anhang.....	59
8.1	Überblicksindikator "Mehrfache Wohnbelastung".....	59
8.2	Zum Zusammenhang von Mortalität und Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung.....	61
9.	Literatur.....	64

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Europa 2020 Indikatoren.....	7
Abbildung 2: Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen	19
Abbildung 3: Nationale Einkommensarmutslücke 2008-2013.....	21
Abbildung 4: Manifeste Armut.....	23
Abbildung 5: Dauerhaft manifeste Armut	25
Abbildung 6: Wiederholte Zahlungsprobleme.....	27
Abbildung 7: Wohnkostenüberbelastung	30
Abbildung 7: Überbelag.....	31
Abbildung 7: Sehr schlechter Wohnstandard	33
Abbildung 8: Belastung durch die Wohnumgebung.....	35
Abbildung 9 Registrierte Wohnungslose.....	37
Abbildung 10: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit.....	40
Abbildung 11: Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	41
Abbildung 12: Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	43
Abbildung 13: Langzeitbeschäftigungslosigkeit.....	45
Abbildung 14: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	46
Abbildung 15 Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss nach Bildungsstand der Eltern.....	48
Abbildung 16: Bildungsaktivität	49
Abbildung 17: Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit.....	51
Abbildung 18: Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen	53
Abbildung 19: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen	55
Abbildung 20: Differenz der ferneren Lebenserwartung mit 35 Jahren zwischen Personen mit Hochschul- oder Pflichtschulabschluss (1981/82-2011/12).....	58
Abbildung 21: Mehrfache Wohnbelastung.....	59
Abbildung 22: Relative Sterberisiken von Männern nach Einkommen und Ausgrenzungsgefährdung..	62

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Österreichs Indikatoren für soziale Eingliederung (Insgesamt).....	8
Tabelle 2: Österreichs Indikatoren für soziale Eingliederung (Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete)	10
Tabelle 3: Signifikante Änderungen der Indikatoren für soziale Eingliederung.....	12
Tabelle 4: Signifikante Änderungen von Indikatoren in ausgewählten Gruppen (2008-13).....	16
Tabelle 5: Signifikante Änderungen von Indikatoren in ausgewählten Gruppen (2012-13).....	18
Tabelle 6 Relatives Sterberisiko in der Europa 2020 Zielgruppe	61
Tabelle 7 Relatives Sterberisiko nach Einkommensgruppen	61

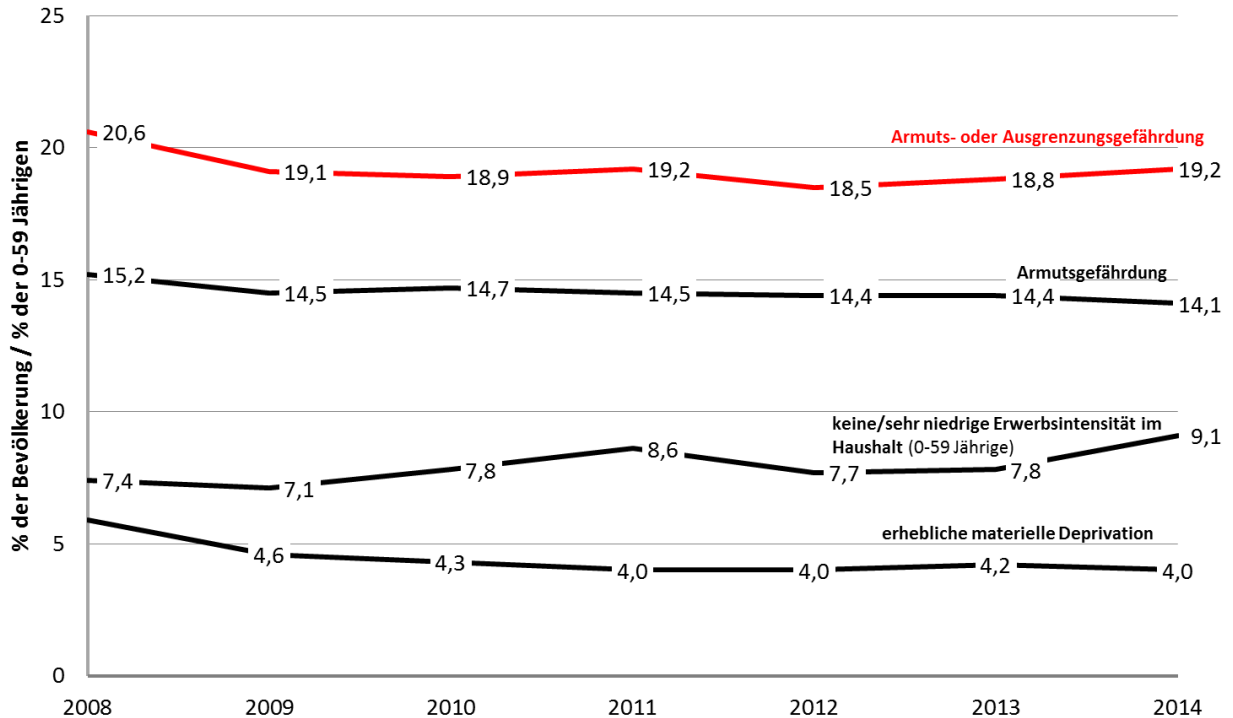
1. EINLEITUNG

Im Jahr 2010 haben sich die Regierungen der EU-Staaten auf eine neue gemeinsame Wachstumsstrategie bis zum Jahr 2020 geeinigt. Eines von fünf Leitzielen dieser Strategie sieht vor, die Zahl der Menschen, die in Europa von Armut und Ausgrenzung bedroht sind, um 20 Millionen zu verringern. Jeder Mitgliedsstaat bestimmt die dazu erforderlichen Maßnahmen und nationalen Zielgrößen selbst.

Das für Österreich im Nationalen Reformprogramm (BKA 2012) festgeschriebene Ziel ist eine Reduktion der nach der gemeinsamen EU-Definition von Armut oder Ausgrenzung gefährdeten Personen um mindestens 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren. Im Jahr 2008, das als Ausgangspunkt der Strategie festgelegt wurde, umfasste die Zielgruppe in Österreich knapp 1,7 Millionen Menschen bzw. 20,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Zielgruppe erfasst alle Personen, die entweder armutsgefährdet und / oder von erheblicher materieller Deprivation betroffen sind und / oder Personen unter 60 Jahren, in deren Haushalt keine oder nur minimale Erwerbstätigkeit vorliegt.

Zwischen dem Jahr 2008 und dem Jahr 2014 hat sich die Größe dieser Zielgruppe insgesamt etwas verringert. Aufgrund eines leichten Anstiegs seit 2012 ist dieser Rückgang statistisch als nicht mehr signifikant einzustufen (vgl. Abbildung 1). Vor allem die Zahl der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität hat sich im letzten Jahr deutlich erhöht. Für den Rückgang seit 2008 war hingegen vor allem ein Rückgang der materiellen Deprivation verantwortlich. Im Jahr 2008 hatte diese ihren bisherigen Höchststand erreicht als kurz vor der Finanz- und Wirtschaftskrise galoppierende Inflation und Schulden die privaten Haushalte massiv unter Druck setzten. (vgl. Till-Tentschert et al. 2011, S 86.)

Abbildung 1: Europa 2020 Indikatoren



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Der vorliegende Bericht enthält einen Katalog von 21 ergänzenden Indikatoren, mit denen die konkreten Lebensverhältnisse innerhalb dieser Zielgruppe genauer beschrieben und ein umfassenderes Bild der Entwicklung und Folgen sozialer Ungleichheit in Österreich gezeichnet werden kann. Dieser Indikatorenkatalog wurde im November 2014 der Österreichischen Plattform zur Begleitung der Umsetzung des Europa 2020 Armutsziels präsentiert und auf Grundlage schriftlicher Konsultation adaptiert. Die aktuellen Indikatoren beruhen weitgehend auf den erstmals im Jahr 2008 veröffentlichten Eingliederungsindikatoren (Lamei et al. 2012). Die wesentlichste Änderung gegenüber den früheren Versionen ist, dass soweit möglich nationale Definitionen durch einheitliche EU-Definitionen ersetzt wurden. Im Jahr 2014 wurden die EU-SILC Daten rückwirkend bis zum Jahr 2008 revidiert. Damit sollten Zeitreihenbrüche vermieden werden, die durch überwiegende Verwendung von Verwaltungsdaten für das Einkommen ab dem Jahr 2012 entstanden waren. Daher mussten sämtliche Indikatoren neu berechnet werden. Der Schwerpunkt dieses Berichtes sind Entwicklungstrends seit dem Jahr 2008 nach der einheitlichen Methodik. Ergänzende Analysen zu den Ungleichheiten der sozialen Lage zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden im aktuellen Sozialbericht (Lamei et al. 2015a) sowie einer aktuellen Studie von Statistik Austria (Lamei et al. 2015b) detaillierter ausgeführt.

2. ÜBERBLICK DER INDIKATOREN

Die nachfolgende Tabelle bietet eine Übersicht des gesamten Indikatorenkatalogs. Dargestellt sind die jeweiligen Absolutzahlen bzw. Anteilswerte für jeden Indikator für das Ausgangsjahr 2008 sowie 2013 und 2014. Diese Statistiken sollen vor allem dabei helfen, Veränderungen über die Zeit einzuschätzen. Die meisten Kennzahlen wurden auf Grundlage der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) berechnet. Sie beruhen also auf derselben Quelle wie die Europa 2020 Indikatoren zur Verringerung von Armut und Ausgrenzung.

Tabelle 1: Österreichs Indikatoren für soziale Eingliederung (Insgesamt)

	2008		2013		2014	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
EU-Indikatoren						
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	1.699	20,6	1.572	18,8	1.609	19,2
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>						
Armutsgefährdung	1.252	15,2	1.203	14,4	1.185	14,1
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	475	7,4	496	7,8	585	9,1
Erhebliche materielle Deprivation	485	5,9	355	4,2	336	4,0
Nationale Indikatoren						
Lebensstandard						
1) manifeste Armut	411	5,0	385	4,6	414	4,9
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾ (Euro/Steigerung z.Vorjahr)	22.127	n.V.	22.511	-1,2	23.211	3,1
3) Einkommensarmutslücke (Mio./Prozent vom BIP)	2.830	1,0	3.444	1,1	3.248	1,0
4) Dauerhaft manifeste Armut ²⁾	n.V.	n.V.	250	3,1	247	3,0
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	341	4,1	373	4,5	298	3,5
Wohnraum						
6) Überbelag	1.221	14,8	1.232	14,7	1.282	15,3
7) Wohnkostenüberbelastung	484	5,9	598	7,1	551	6,6
8) Sehr schlechter Wohnstandard	304	3,7	203	2,4	170	2,0
9) Belastung durch Wohnumgebung	757	9,2	783	9,4	802	9,5
10) Registrierte Wohnungslosigkeit (Gesamtzahl/in Prozent)	11.399	0,1	16.033	0,2	14.603	0,2
Erwerbsleben						
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	733	16,8	682	15,6	718	16,2
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	1.253	20,3	1.347	21,9	1.326	21,5
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	458	15,1	420	13,8	387	12,7
14) Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	78	1,9	84	2,0	87	1,8
15) Langzeitbeschäftigungslose	54	1,3	90	2,1	119	2,8
Bildungschancen						
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	1.636	27,8	1.962	32,5	1.976	32,5
17) Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen	167	42,0	195	49,1	203	50,2
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	185	12,6	205	13,7	192	12,9
19) Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität ³⁾						
Gesundheit						
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	660	9,6	637	9,0	662	9,3
21) Soziale Lebenserwartungsdifferenzen (M + F Gesamt) ⁴⁾				4,9 Jahre		

Q: STATISTIK AUSTRIA. 1) zu Preisen von 2013. 2) 16-29-Jährige die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. Quelle ist hier EU-SILC 2011. 3) Differenz des Anteils für weiterführende Schulabschlüsse unter den heute 25-59-Jährigen deren Eltern höchstens Pflichtschulabschluss erreicht hatten im Vergleich zu Personen deren Eltern bereits selbst einen über die Pflichtschule hinausführenden Abschluss erreicht hatten. Quelle ist hier EU-SILC 2011. 4) Quelle ist hier eine Verknüpfung der Registerzählung 2011 mit Sterbefällen 2012.

2.1 LEBENSBEDINGUNGEN FÜR MENSCHEN, DIE ZUR EUROPA 2020 ZIELGRUPPE ZÄHLEN

Das zentrale politische Ziel ist es, die Zahl der Armutsbetroffenen in Österreich zu verringern. Eine möglichst genaue Kenntnis ihrer Lebensbedingungen kann helfen, geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Gleichzeitig ist Sorge zu tragen, dass sich die Lebensbedingungen auch für jene Menschen, die weiterhin gefährdet bleiben, verbessern oder zumindest nicht weiter verschlechtern. Zwar konnte beispielsweise die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung nicht verringert werden, weil das derzeitige Leistungsniveau kein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle garantiert, die bundesweite Regelung gewährleistet aber eine Absicherung gegen weitere Verschlechterungen. Auch die öffentliche Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung oder die Entwicklung der Lebens- und vor allem Wohnkosten spiegeln sich nicht automatisch in der Zahl der Gefährdeten, haben aber große Bedeutung für die Betroffenen.

Die nationalen Eingliederungsindikatoren belegen, dass die Lebensbedingungen der Menschen in der Europa 2020 Zielgruppe durchwegs schlechter sind, als für nicht Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete. Das Monitoring muss daher auch die Entwicklung der Indikatoren in der Zielgruppe besonders berücksichtigen. Im Gegensatz zu Tabelle 1 zeigt die folgende Tabelle die Indikatoren für soziale Eingliederung als Anteil an den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten.

Tabelle 2: Österreichs Indikatoren für soziale Eingliederung (Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete)

	2008		2013		2014	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
EU-Indikatoren						
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	1.699	100,0	1.572	100,0	1.609	100,0
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>						
Armutsgefährdung	1.252	73,7	1.203	76,5	1.185	73,6
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	475	35,9	496	40,1	585	45,8
Erhebliche materielle Deprivation	485	28,5	355	22,6	336	20,9
Nationale Indikatoren						
Lebensstandard						
1) manifeste Armut	411	24,2	385	24,5	414	25,7
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾ (Euro/Steigerung z.Vorjahr)	11.703	n.V.	11.654	-0,9	12.277	5,3
3) Einkommensarmutslücke (Mio./Prozent vom BIP)	2.830	1,0	3.444	1,1	3.248	1,0
4) Dauerhaft manifeste Armut ²⁾	n.V.	n.V.	250	16,6	247	16,2
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	242	14,3	247	15,7	204	12,7
Wohnraum						
6) Überbelag	559	32,9	462	29,4	525	32,6
7) Wohnkostenüberbelastung	394	23,3	486	31,0	449	27,9
8) Sehr schlechter Wohnstandard	128	7,6	96	6,1	81	5,0
9) Belastung durch Wohnumgebung	195	11,5	184	11,7	166	10,3
10) Registrierte Wohnungslosigkeit (Gesamtzahl/in Prozent)	11.399	0,1	16.033	0,2	14.603	0,2
Erwerbsleben						
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	349	44,3	337	46,4	377	50,5
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	806	81,6	790	89,5	797	88,7
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	121	34,5	90	32,8	76	31,6
14) Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	78	1,9	84	2,0	87	1,8
15) Langzeitbeschäftigungslose	54	1,3	90	2,1	90	2,1
Bildungschancen						
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	216	18,2	264	24,6	262	24,1
17) Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen	38	42,2	53	47,9	43	44,3
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	81	26,1	77	26,1	85	26,8
19) Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität ³⁾				22,4 Prozentpunkte		
Gesundheit						
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	250	18,1	183	14,6	209	16,1
21) Soziale Lebenserwartungsdifferenzen (M + F Gesamt) ⁴⁾				4,9 Jahre		

Q: STATISTIK AUSTRIA. 1) zu Preisen von 2013. 2) 16-29-Jährige die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. Quelle ist hier EU-SILC 2011. 3) Differenz des Anteils für weiterführende Schulabschlüsse unter den heute 25-59-Jährigen deren Eltern höchstens Pflichtschulabschluss erreicht hatten im Vergleich zu Personen deren Eltern bereits selbst einen über die Pflichtschule hinausführenden Abschluss erreicht hatten. Quelle ist hier EU-SILC 2011. 4) Quelle ist hier eine Verknüpfung der Registerzählung 2011 mit Sterbefällen 2012.

2.2 STATISTISCH AUSSAGEKRÄFTIGE VERÄNDERUNGEN

Die meisten statistischen Kennzahlen zu Armut und sozialer Inklusion werden aus der Erhebung EU-SILC geschätzt. Diese beruht auf einer Stichprobe von etwa 6.000 Haushalten pro Jahr. Wie bei jeder Stichprobenerhebung treten statistische Fehler auf, d.h. eine andere Stichprobe kann bei sonst gleichen Bedingungen ein anderes Ergebnis liefern. Meistens wird eine Schwankungsbreite mit 95 prozentiger Vertrauenswahrscheinlichkeit berechnet, innerhalb derer sich die Schätzungen der meisten theoretisch möglichen Stichproben befinden. Üblicherweise werden Kennzahlen mit einer Schwankungsbreite von mehr als 33 Prozent des Schätzwertes nicht veröffentlicht.

Besonders bedeutsam ist die Veränderung von Indikatoren über die Zeit. Je größer die Veränderungen sind und je geringer die Schwankungsbreite ist, desto eher können statistisch aussagekräftige Entwicklungen nachgewiesen werden. Im Rahmen der von Eurostat finanzierten und vom Statistikamt Luxemburgs geleiteten Projektgemeinschaft Net-SILC2 wurde ein Algorithmus entwickelt, mit dem die Schwankungsbreite für solche Veränderungen berechnet werden kann.¹ Beispielsweise hat sich die Quote des zentralen EU-Indikators für Ausgrenzungsgefährdung in den Jahren 2008 bis 2014 um etwa 1,4 Prozentpunkte verringert. Diese Differenz liegt innerhalb der erwarteten Schwankungsbreite zufälliger Stichprobenergebnisse.² Die neue Methode lässt es zu, zwischen tendenziellen und signifikanten Veränderungen zu unterscheiden bzw. jene Bereiche zu identifizieren, in denen es keine Hinweise auf Veränderungen gibt. In diesen Fällen ist davon auszugehen, dass die Stichprobe nicht groß genug ist, um die beobachteten Tendenzen mit ausreichender Sicherheit zu belegen.

¹ <http://www.cros-portal.eu/sites/default/files//Handbook%20on%20Standard%20error%20estimation%20and%20other%20related%20sampling%20issues%20in%20EU-SILC%20%28Berger%2C%20Goedem%2C%20A9%2C%20Osier%29.zip>

² Die Schwankungsbreite für diese Differenz lag bei knapp 2 Prozentpunkten, d.h. das Konfidenzintervall der Differenz schließt prinzipiell eine Verringerung der Ausgrenzungsgefährdungsquote um 3,5 Prozentpunkte ebenso ein, wie eine Zunahme um 0,5 Prozentpunkte.

Tabelle 3: Signifikante Änderungen der Indikatoren für soziale Eingliederung

	Gesamtbevölkerung		Zielgruppe	
	seit 2008	seit 2013	seit 2008	seit 2013
EU-Indikatoren				
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	—	—	—	—
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>				
Armutsgefährdung	—	—	—	—
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	◆	◆	◆	◆
Erhebliche materielle Deprivation	●	—	●	—
Nationale Indikatoren				
Lebensstandard				
1) manifeste Armut	—	—	—	—
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾	●	●	●	●
3) Einkommensarmutslücke (Mio./Prozent vom BIP)	—	—	—	—
4) Dauerhaft manifeste Armut	—	—	—	—
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	—	●	—	—
Wohnraum				
6) Überbelag	—	—	—	—
7) Wohnkostenüberbelastung	—	—	◆	—
8) Sehr schlechter Wohnstandard	●	—	●	—
9) Belastung durch Wohnumgebung	—	—	—	—
10) Registrierte Wohnungslosigkeit (Gesamtzahl/in Prozent)	◆	●	n.V.	n.V.
Erwerbsleben				
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	—	—	◆	◆
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	—	—	◆	—
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	●	—	—	—
14) Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	—	—	n.V.	n.V.
15) Langzeitbeschäftigungslose	◆	◆	n.V.	n.V.
Bildungschancen				
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	●	—	●	—
17) Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen	●	—	—	—
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	—	—	—	—
19) Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität ³⁾	—	—	n.V.	n.V.
Gesundheit				
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	—	—	—	—
21) Soziale Lebenserwartungsdifferenzen (M + F Gesamt)	—	—	n.V.	n.V.

Q: STATISTIK AUSTRIA. 1) zu Preisen von 2013. 3) 16-29-Jährige die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. 4) 25-59-Jährige ohne weiterführendem Schulabschluss, deren Eltern höchstens Pflichtschulabschluss erreicht hatten.

Legende: ● ... signifikante Verbesserung — ...keine signifikante Änderung ◆ ... signifikante Verschlechterung. Das Signifikanzniveau liegt bei 95% (einseitiger Test). Veränderungen, die auf Basis von Gesamtdaten ermittelt wurden sind automatisch als signifikant eingestuft. Bei Veränderungen der nationalen Einkommensarmutslücke wurde ein vereinfachtes Testverfahren angewendet, bei dem die Varianzreduktion durch das Panel nicht berücksichtigt wurde. (Differenz > Summe der Standardfehler der beiden Jahre multipliziert mit 1,645).

Dieser Bericht geht insbesondere auf jene Entwicklungen ein, die gegenüber dem Jahr 2008 signifikant sind. Signifikant angestiegen ist vor allem im letzten Jahr der Anteil der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. In längerfristiger Perspektive ist ein Rückgang von erheblicher materieller Deprivation bemerkbar. Deshalb ist insgesamt der Kreis der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten nach EU-Definition in den letzten Jahren tendenziell kleiner geworden. Verbessert hat sich besonders die Kaufkraft der privaten Haushalte, vor allem im letzten Jahr. Der Anstieg der preisbereinigten Medianeinkommen um 3 Prozent entspricht bei einem Einpersonenhaushalt immerhin einer Steigerung der Kaufkraft um 700 Euro gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig hat sich auch der Wohnstandard seit 2008 signifikant verbessert. Ungeachtet einer

deutlichen Verbesserung im Jahr 2013 lag allerdings die Zahl der registrierten Wohnungslosen im Jahr 2014 weiterhin deutlich höher als im Jahr 2008. Am Arbeitsmarkt hat sich einerseits die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen dramatisch gesteigert; andererseits haben stetige tendenzielle Verbesserungen dazu beigetragen, dass die Zahl der Personen mit niedrigen Stundenlöhnen im Jahr 2014 signifikant niedriger war als im Jahr 2008. Deutlich verbessert hat sich im Beobachtungszeitraum auch die Beteiligung an Bildungsaktivitäten sowie der Besuch von vorschulischen pädagogischen Einrichtungen.

Innerhalb der Europa 2020 Zielgruppe gab es ebenfalls positive und negative Entwicklungen. Grundsätzlich hat sich auch innerhalb dieser Gruppe Deprivation verbessert und die Erwerbssituation verschlechtert. Die Haushaltseinkommen sind innerhalb der Zielgruppe deutlich schneller gewachsen als die Inflationsrate. Die Zahl der Personen, die von besonders hohen Wohnkosten belastet sind, hat sich signifikant erhöht, gleichzeitig konnte seit 2008 eine bedeutende Verbesserung der Wohnqualität erzielt werden. Die Zahl der arbeitsmarktfernen Personen in der Zielgruppe ist beträchtlich angestiegen, ebenso die Zahl der Personen in Haushalten deren Erwerbseinkommen nicht über die Armutsgefährdungsschwelle reicht. Gleichzeitig ist die Bildungsaktivität deutlich angestiegen.

Im Unterschied zu früheren Jahren waren zwischen 2013 und 2014 bei einer Reihe von EU-SILC-Indikatoren signifikante kurzfristige Veränderungen sowohl in der Europa 2020 Zielgruppe wie auch in der Gesamtbevölkerung zu beobachten. Insbesondere ist die Zahl der Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität deutlich angestiegen. Weiters sind Haushaltseinkommen kräftig angewachsen. In der Gesamtbevölkerung korrespondiert dies mit einem deutlichen Rückgang wiederholter Zahlungsprobleme. Für die Zielgruppe ist nicht nur die Zahl der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr geringer Erwerbsintensität deutlich angestiegen, sondern auch die Zahl der Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit. Dies korrespondiert wiederum mit einem besonders starken Anstieg von Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Registrierte Wohnungslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr hingegen deutlich zurückgegangen und die Problematik steigender Wohnkostenbelastungen scheint sich aufgrund der günstigen Einkommensentwicklung tendenziell abgeschwächt zu haben.

Nach derselben Methodik lassen sich auch beobachtete Veränderungen innerhalb von Bevölkerungsgruppen beurteilen. Hier gilt besonders, dass sich signifikante Veränderungen eher bei großen Bevölkerungsgruppen nachweisen lassen. Bei eher kleineren Gruppe wie den Alleinerziehenden können aufgrund der Stichprobengröße nur besonders starke Veränderungen aufgespürt werden.

Die Übersicht längerfristiger Veränderungen zeigt ein differenziertes Bild: Seit dem Jahr 2008 hat sich die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung für einige Bevölkerungsgruppen deutlich verringert. Dazu zählen Frauen, Menschen mit Behinderung, DrittstaatenausländerInnen sowie Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder bzw. mit maximal einem Kind. Insbesondere ist das Risiko der Armutsgefährdung bei

Menschen mit Behinderung sowie Mehrpersonenhaushalten ohne bzw. mit maximal einem Kind zurückgegangen. Deprivation hat sich deutlich verringert bei Männern und Frauen, Menschen mit Behinderung, DrittstaatenausländerInnen, kleinen Gemeinden sowie Alleinlebenden und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Gestiegen ist hingegen die Zahl der Kinder bzw. Personen in kinderreichen Haushalten sowie EU-AusländerInnen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.

Bei den meisten hier gezeigten Gruppen gab es langfristig Verbesserungen beim Wohnungsstandard und bei der Bildungsaktivität. Bei keiner Gruppe gab es langfristig signifikante Verschiebungen bei dauerhaft manifester Armut.

Bei Männern haben sich Zahlungsprobleme deutlich verringert, während bei Frauen besonders die arbeitsmarktbezogenen Indikatoren Verbesserungen anzeigen. Für Kinder ist hingegen der Anstieg vorschulischer Bildungsmöglichkeiten maßgeblich, wobei dieser in Wien und in Familien mit nur einem Kind besonders ausgeprägt ist.

Menschen mit Behinderung verzeichnen bei Armutsgefährdung und Deprivation beim Einkommen, bei Zahlungsproblemen und beim Wohnstandard langfristige Verbesserungen

Die langfristige Entwicklung für EU-AusländerInnen zeigt vor allem eine Verbesserung von Zahlungsproblemen, aber auch eine Verschlechterung in der Belagssituation der Wohnungen. Im Gegensatz dazu hat sich die Belagssituation bei AusländerInnen von außerhalb der Europäischen Union deutlich verbessert. Mit Ausnahme verstärkter Bildungsaktivität gab es keine langfristigen Veränderungen bei AusländerInnen. Im Unterschied zu anderen Bevölkerungsgruppen gab es insbesondere auch keine signifikante Verbesserung der Einkommenssituation oder des Wohnstandards.

In regionaler Perspektive gab es in den kleineren und mittleren Gemeinden wesentlich mehr Verbesserungen als in den größeren Städten bzw. in Wien. In Wien gab es außer bei Bildungsaktivitäten bzw. vorschulischen Bildungsmöglichkeiten keine signifikanten Verbesserungen, insbesondere auch nicht bezüglich der Einkommenssituation. In den vier nächstgrößeren Hauptstädten Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg kam es darüber hinaus sogar zu einer verschärften Wohnkostenbelastung, allerdings bei gleichzeitig angestiegenem Wohnstandard. Nur in kleineren und mittleren Gemeinden gab es kräftige Einkommenszuwächse und zunehmende Erwerbsaktivität. In den kleineren Gemeinden war zusätzlich eine Verbesserung des Wohnstandards sowie ein Rückgang der Niedriglohnbeschäftigung zu beobachten.

In der Haushaltskonstellation treten Alleinlebende durch eine Vielzahl an Verschlechterungen hervor, während Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder bei der Mehrzahl der Indikatoren langfristige Verbesserungen verzeichneten. Bei den Alleinlebenden gab es eine signifikante Verbesserung

ausschließlich beim Wohnungsstandard und der Bildungsaktivität. Deutlich verschlechtert haben sich hingegen in dieser Gruppe Zahlungsprobleme, Überbelag, Wohnumgebungsbelastungen, Erwerbstätigkeit sowie Einkommen aus dieser Erwerbstätigkeit. In dieser Lebensform hat sich insbesondere die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) deutlich gesteigert. Im Gegensatz dazu gab es bei kinderlosen Mehrpersonenhaushalten einen Rückgang von manifester Armut und Zahlungsproblemen bzw. einen seit dem Jahr 2008 kumulierten Kaufkraftzuwachs um 11,2 Prozent bzw. Anstieg des preisbereinigten Jahreseinkommens um fast 4.168 Euro (für zwei erwachsene Personen). Auch Wohnstandard und die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten haben sich in dieser Personengruppe deutlich verbessert. Im Unterschied dazu hat sich die Situation von Personen in Einelternhaushalten in keinem einzigen Indikator verbessert. Tendenziell hat sich das preisbereinigte Einkommen dieser Gruppe gegenüber dem Jahr 2008 sogar um 2 Prozent verringert. Dies entspricht einem um 436 Euro (bei einem Kind) geringeren Jahresbudget. Diese Entwicklung ist allerdings aufgrund der Stichprobengröße statistisch nicht signifikant. Signifikante Verschlechterungen zeigen sich in Bezug auf die Belagssituation sowie die Wohnkostenbelastung und das durch Erwerbsarbeit erzielte Einkommen (einschließlich Familienleistungen). Die Situation von Familien mit nur einem Kind hat sich sehr ähnlich entwickelt wie jene der kinderlosen Mehrpersonenhaushalte. Ihr kumulierter Einkommenszuwachs lag bei insgesamt 7,3 Prozent bzw. bei 3.077 Euro zusätzlichem Jahresbudget (bei zwei Erwachsenen mit einem Kind). Auch hier gab es signifikante Verbesserungen des Wohnstandards sowie der Niedriglohnbeschäftigung und des Besuchs vorschulischer Bildungseinrichtungen. Nahezu keine signifikanten Veränderungen gab es bei größeren Familien. Bei zwei Kindern gab es noch eine Verbesserung der Bildungsaktivität, allerdings stagnierten die realen Einkommen völlig (minus 0,3%). Bei größeren Familien gab es mit Ausnahme der verschlechterten Beschäftigungsintensität keine signifikanten Entwicklungen. Tendenziell hat das reale Einkommen dieser Gruppe aber zugenommen (plus 3,9%).

Tabelle 4: Signifikante Änderungen von Indikatoren in ausgewählten Gruppen (2008-14)

	Männer	Frauen	Kinder	Behinderung	Eu-AusländerInnen	DrittstaatenausländerInnen	Wien	Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg	Gemeinden mit > 10.000 Einw.	kleine Gemeinden < 10.000 Einw.	Alleinlebende	Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	Einelpersonenhaushalt	Mehrpersonenhaushalt 1 Kind	Mehrpersonenhaushalt 2 Kinder	Mehrpersonenhaushalt mehr als 2 Kinder
EU-Indikatoren																
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	—	●	—	●	—	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>																
Armutsgefährdung	—	—	—	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	—	—	◆	—	◆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	◆
Erhebliche materielle Deprivation	●	●	—	●	—	●	—	—	—	●	●	●	—	—	—	—
Nationale Indikatoren																
Lebensstandard																
1) manifeste Armut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾	●	●	—	●	—	—	—	—	●	●	—	—	—	—	—	—
4) Dauerhaft manifeste Armut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	●	—	—	●	●	—	—	—	—	—	◆	—	—	—	—	—
Wohnraum																
6) Überbelag	—	—	—	—	◆	●	—	—	—	—	◆	◆	—	◆	—	—
7) Wohnkostenüberbelastung	—	—	—	—	—	—	—	◆	—	—	—	—	—	—	—	—
8) Sehr schlechter Wohnstandard	●	●	●	●	—	—	—	—	●	—	●	●	—	●	—	—
9) Belastung durch Wohnumgebung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erwerbsleben																
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	—	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	—	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bildungschancen																
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	●	●	—	—	●	●	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17) Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen	—	—	●	—	—	—	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesundheit																
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Q: STATISTIK AUSTRIA. Q: STATISTIK AUSTRIA. 1) zu Preisen von 2013. 2) 16-29-Jährige die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. 4) 25-59-Jährige mit weiterführendem Schulabschluss, deren Eltern höchstens Pflichtschulabschluss erreicht hatten.

Legende: ● ... signifikante Verbesserung — ... keine signifikante Änderung ◆ ... signifikante Verschlechterung. Das Signifikanzniveau liegt bei 95% (einseitiger Test). Veränderungen, die auf Basis von Gesamtdaten ermittelt wurden sind automatisch als signifikant eingestuft. Bei Veränderungen der nationalen Einkommensarmutslücke wurde ein vereinfachtes Testverfahren angewendet, bei dem die Varianzreduktion durch das Panel nicht berücksichtigt wurde. (Differenz > Summe der Standardfehler der beiden Jahre multipliziert mit 1,645).

Weitaus seltener als langfristige Änderungen treten signifikante Veränderungen gegenüber dem Vorjahr auf. Die Europa 2020 Zielgruppe ist tendenziell gewachsen. Für die Gruppe der Alleinlebenden war dieser Anstieg von 28,8 auf 31,1 Prozent sogar statistisch signifikant. Signifikante Verschlechterungen der Erwerbsintensität gab es im Vorjahr auch für Frauen, Menschen mit Behinderung, DrittstaatenausländerInnen und in den Städten Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg. Bei DrittstaatenausländerInnen ist auch die Armutsgefährdung signifikant angestiegen, während diese bei Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind zuletzt deutlich zurückging.

Bei Männern haben sich Zahlungsprobleme besonders im Vorjahr deutlich verbessert. Umgekehrt haben manifeste Armut und gesundheitliche Einschränkungen bei Frauen deutlich zugenommen.

Allerdings gab es bei Frauen gleichzeitig einen deutlichen Einkommenssprung um fast 4 Prozent. Kinder haben besonders von signifikanten Verbesserungen bei Zahlungsproblemen und Niedriglohnbeschäftigung profitiert.

Bei Menschen mit Behinderung gab es im Vorjahr einen signifikanten Anstieg von manifester Armut, sonst gab es keine auffälligen Verschiebungen.

Für AusländerInnen hat sich die Situation im Vorjahr eher verschlechtert. Bei EU-AusländerInnen kam es zu einem Anstieg von arbeitsmarktfernen Personen. Hingegen sind AusländerInnen von Ländern außerhalb der EU die einzige Gruppe, die im Vorjahr von einem empfindlichen Kaufkraftverlust (minus 7,4%) betroffen war.

Die regionale Perspektive zeigt für Wien keinerlei signifikante Änderung. Für die vier nächstgrößeren Landeshauptstädte gab es im Vorjahr bei vier Indikatoren signifikante Verschlechterungen: manifeste Armut, dauerhaft manifeste Armut, Wohnumgebungsbelastung sowie Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit. Im Vorjahr deutlich gesteigert haben sich die Einkommen der mittleren Gemeinden (plus 5,0%). In den kleinen Gemeinden haben sich wiederum Zahlungsprobleme und Wohnkostenbelastung verringert.

Nach Haushaltsform treten Alleinlebende und Einelternhaushalte durch deutliche Verschlechterungen im Vorjahr hervor. Bei den Alleinlebenden betrifft dies Überbelag und Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit. Bei den Alleinerziehenden kam es im Vorjahr hingegen zu einem signifikanten Anstieg der manifesten Armut sowie Zahlungsproblemen und Erwerbseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Die Einkommenssteigerung bei Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder entfällt etwa zur Hälfte auf einen kräftigen Einkommenssprung im Vorjahr (plus 6,2%). Bei Mehrpersonenhaushalten mit nur einem Kind gab es gleich in mehreren Bereichen signifikante Verbesserungen. In dieser Gruppe war die kumulierte Einkommenssteigerung seit 2008 fast zur Gänze auf das Vorjahr zurückzuführen (plus 5,7%). Auch der Indikator für Wohnkostenbelastung sowie Niedriglohnbeschäftigung zeigen deutliche Verbesserungen. Bei Familien mit zwei Kindern hat sich der Indikator für Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) deutlich verbessert, während für größere Familien Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr bei Zahlungsproblemen und im Wohnstandard zu verzeichnen waren.

Tabelle 5: Signifikante Änderungen von Indikatoren in ausgewählten Gruppen (2013-14)

	Ausgrenzungsgefährdete	Männer	Frauen	Kinder	Behinderung	EU-AusländerInnen	DrittstaatenausländerInnen	Wien	Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg	Gemeinden mit > 10.000 Einw.	kleine Gemeinden < 10.000 Einw.	Alleinlebende	Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	Einelternhaushalt	Mehrpersonenhaushalt 1 Kind	Mehrpersonenhaushalt 2 Kinder	Mehrpersonenhaushalt mehr als 2 Kinder	
EU-Indikatoren																		
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (in mind. 1 von 3 Bereichen)	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<i>Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung</i>																		
Armutsgefährdung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆	◆
Erhebliche materielle Deprivation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nationale Indikatoren																		
Lebensstandard																		
1) manifeste Armut	—	◆	—	◆	—	—	—	—	◆	—	—	—	—	—	◆	—	—	—
2) Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen ¹⁾	●	—	●	—	—	—	◆	—	—	●	—	—	—	—	—	—	—	—
4) Dauerhaft manifeste Armut	—	—	—	—	—	—	—	—	◆	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5) Wiederholte Zahlungsprobleme	—	●	—	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	◆	—	—	—
Wohnraum																		
6) Überbelag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7) Wohnkostenüberbelastung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8) Sehr schlechter Wohnstandard	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9) Belastung durch Wohnumgebung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erwerbsleben																		
11) Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit	◆	—	—	—	—	◆	—	—	◆	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12) Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13) Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)	—	—	—	●	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bildungschancen																		
16) Bildungsaktivität ab 25 Jahren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17) Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18) Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs) ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesundheit																		
20) Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	—	—	◆	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Q: STATISTIK AUSTRIA. Q: STATISTIK AUSTRIA. 1) zu Preisen von 2013. 2) 16-29-Jährige die für mindestens 6 Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren. 4) 25-59-Jährige mit weiterführendem Schulabschluss, deren Eltern höchstens Pflichtschulabschluss erreicht hatten.

Legende: ● ... signifikante Verbesserung — ... keine signifikante Änderung ◆ ... signifikante Verschlechterung. Das Signifikanzniveau liegt bei 95% (einseitiger Test). Veränderungen, die auf Basis von Gesamtdaten ermittelt wurden sind automatisch als signifikant eingestuft. Bei Veränderungen der nationalen Einkommensarmutslücke wurde ein vereinfachtes Testverfahren angewendet, bei dem die Varianzreduktion durch das Panel nicht berücksichtigt wurde. (Differenz > Summe der Standardfehler der beiden Jahre multipliziert mit 1,645).

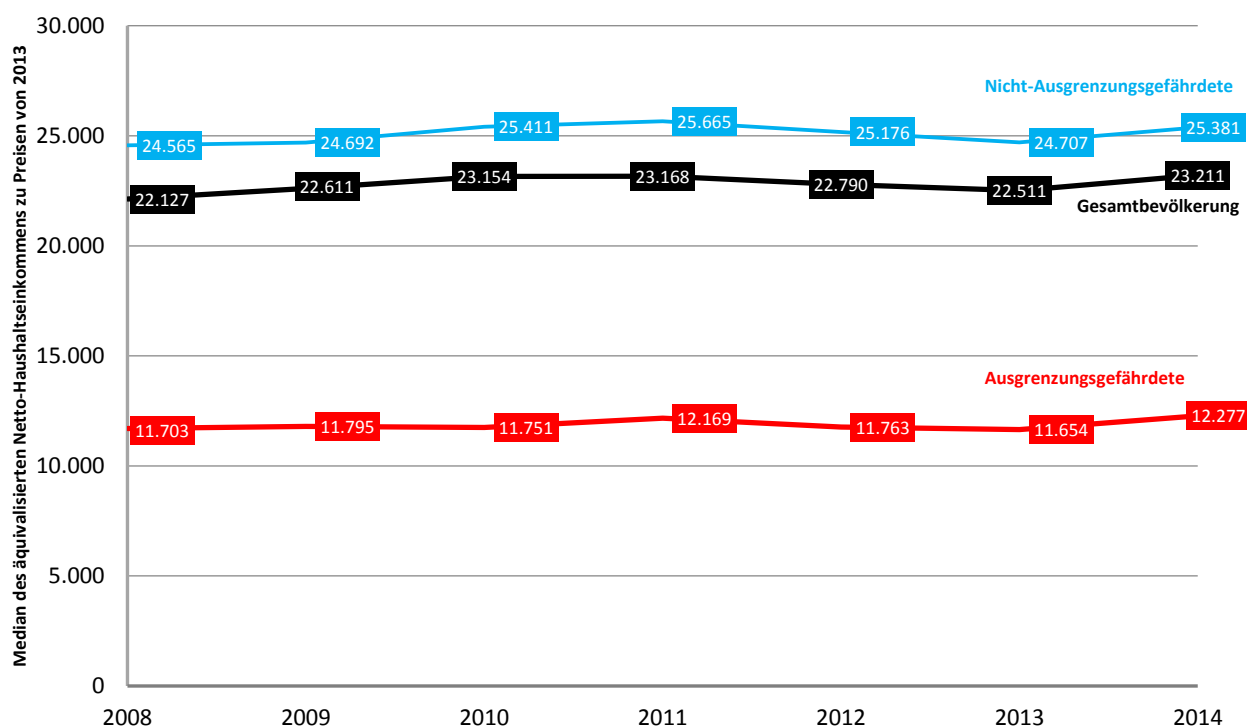
3. LEBENSSTANDARD: ANSTIEG DER REALEINKOMMEN UND RÜCKGANG VON ZAHLUNGSPROBLEMEN

Nach drei Jahren Stagnation bzw. tendenziell sinkender Entwicklung ist das preisbereinigte Haushaltsmedianeinkommen im Jahr 2014 wieder angestiegen. Gleichzeitig ist die nationale Einkommensarmutslücke in nominellen Eurobeträgen wieder etwa auf das Niveau des Jahres 2010 gesunken und liegt bei genau einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes wie im Jahr 2008. Trotzdem blieb der Anteil manifester Armut bzw. dauerhaft manifester Armut nahezu unverändert. Im Vorjahr hat sich allerdings der Anteil der Personen mit wiederholten Zahlungsproblemen deutlich verringert.

3.1 PREISBEREINIGTES HAUSHALTSMEDIANEINKOMMEN

Laut EU-SILC 2014 haben sich die mittleren Einkommen (standardisiert und preisbereinigt) um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Im Vergleich zum Jahr 2008 sind die Haushaltseinkommen insgesamt um 4,9 Prozent angestiegen. Aufgrund einer überproportionalen Einkommenssteigerung im Vorjahr (plus 5,3%) gilt dies auch für den realen Einkommenszuwachs für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete seit 2008.

Abbildung 2: Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. VPI2005.

Preisbereinigtes Haushaltsmedianeinkommen:

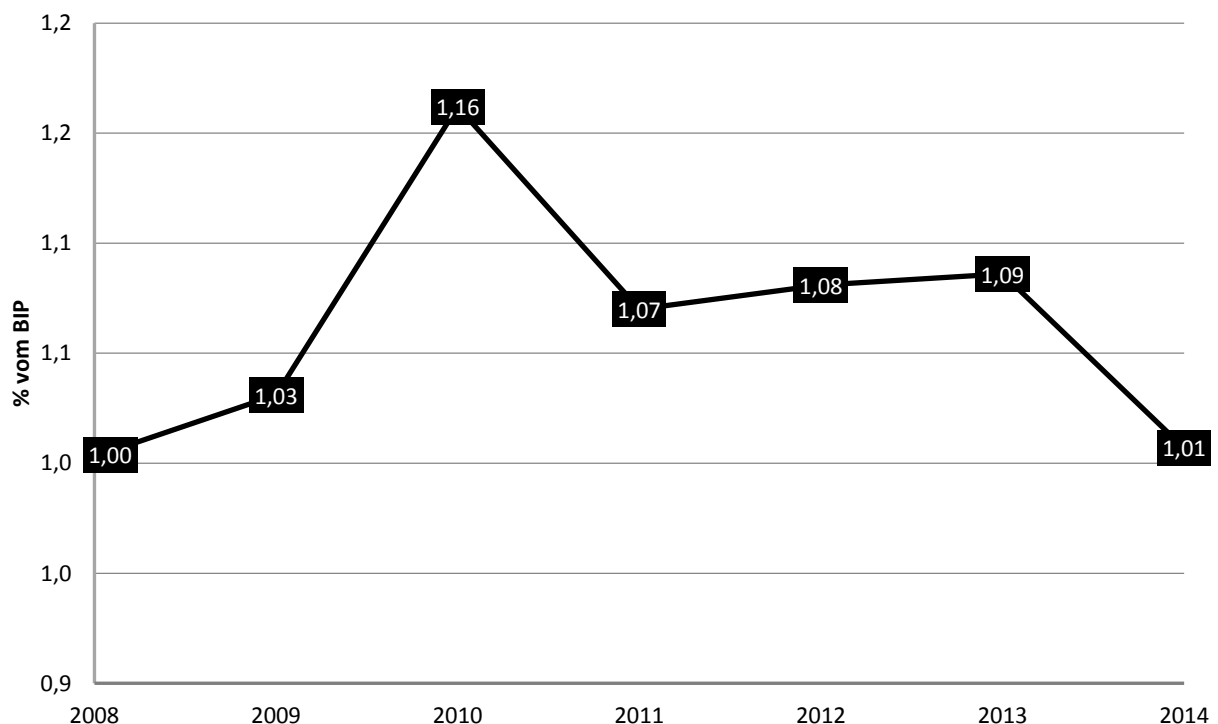
Das Haushaltseinkommen wird aus sämtlichen Einkünften von allen Personen im Haushalt im Laufe des vergangenen Kalenderjahres unter Abzug von Sozialbeiträgen, Steuern und allfälligen geleisteten Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente) berechnet. Das Haushaltseinkommen von Mehrpersonenhaushalte wird dann standardisiert auf einen Einpersonenhaushalt (sog. Äquivalenzeinkommen). Die Standardisierung erfolgt anhand der sogenannten EU-Skala, die für die erste erwachsene Person ein Gewicht von 1,0, für jede weitere erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und für jedes Kind ein Gewicht von 0,3 unterstellt. Das mittlere Einkommen (Median) wird aus der Verteilung dieser Einkommen für Personen in Privataushalten berechnet, so dass jeweils die Hälfte der jeweiligen Bevölkerungsgruppe ein Einkommen unter dem Medianwert hat. Die nominellen Beträge lassen ohne Beachtung der Inflation keine Beurteilung der realen Kaufkraft zu. Deshalb wird der Betrag zu konstanten Preisen (Basis 2013) ausgedrückt. Das preisbereinigte Einkommen für EU-SILC 2008 ergibt sich aus $VPI_{2013} \times (EU-SILC_{2008}/VPI_{2008})$. Verkettet wird mit dem VPI_{2005} . Das nominelle standardisierte Medianeinkommen aus EU-SILC 2008 beträgt 19.413 EUR.³ Zu Preisen von 2013 ergibt sich ein Einkommen von 22.127 EUR aus der Division des nominellen Wertes $19.413/103,7$ (Indexwert 2007 = Referenzperiode der EU-SILC Einkommensmessung 2008) multipliziert mit 118,2 (Indexwert des Jahres 2013). Angenommen wird hier dieselbe Preisentwicklung für alle Einkommensschichten. Unberücksichtigt bleibt beispielsweise die deutlich größere Bedeutung von Preissteigerungen bei Wohnen und Energie für ärmere Haushalte sowie die Möglichkeit der Substitution durch Billigprodukte und Preisersparnisse durch Vorratskäufe. Diese Methode erlaubt zwar nur eine grobe Annäherung an die reale Kaufkraftentwicklung (z.B. ist der Verbraucherpreisindex aufgrund der höheren Sparquote bei den oberen Einkommensschichten nur bedingt anwendbar), besonders bei jährlich stark schwankenden Inflationsraten ist dadurch aber eine realistischere Einschätzung der Einkommensentwicklung gewährleistet als bei den nominellen Beträgen.

³ Das ist das Nettojahreseinkommen für einen Einpersonenhaushalt. Um beispielsweise das Jahreseinkommen einer Familie mit 2 Erwachsenen und zwei Kindern ist der standardisierte Betrag mit 2,1 zu multiplizieren.

3.2 NATIONALE EINKOMMENSARMUTSLÜCKE

Die monetäre Armutsgefährdungsquote zeigte im Berichtszeitraum keine signifikanten Veränderungen und lag zwischen 14 und 15 Prozent der Bevölkerung. Ein Anstieg von Armutsgefährdung in Folge der Krise war bisher nicht erkennbar.⁴ Ein differenzierteres Bild zeigt der nationale Indikator zur absoluten Einkommensarmutslücke. Er fasst das Ausmaß und die Intensität der Armutsgefährdung in einer Kennzahl zusammen. Nachdem die Einkommen der Armutsgefährdeten lange hinter den Einkommenssteigerungen der Gesamtbevölkerung zurückgeblieben waren, haben diese im Vorjahr deutlich aufgeholt. Daher hat sich die Intensität der monetären Armutsgefährdung zuletzt tendenziell verringert, wie auch der europäische Indikator für die relative Armutsgefährdungslücke zeigt (2008: 19,8%, 2013: 21,3% 2014: 20,1%). In der EU-SILC Erhebung im Jahr 2014 (Einkommen 2013) lag die nationale Lücke der Einkommensarmut bei rund 3,2 Milliarden Euro (bzw. 1,0% des Bruttoinlandsproduktes). Gegenüber dem Jahr seit 2008 ist diese Zahl nominell um etwa 400 Millionen Euro angestiegen während das Verhältnis zum BIP unverändert blieb.

Abbildung 3: Nationale Einkommensarmutslücke 2008-2014



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

⁴ Aufgrund der Einkommenserfassung für das jeweilige Kalenderjahr vor der Erhebung wird die Situation des Krisenjahres 2009 erst in EU-SILC 2010 berücksichtigt.

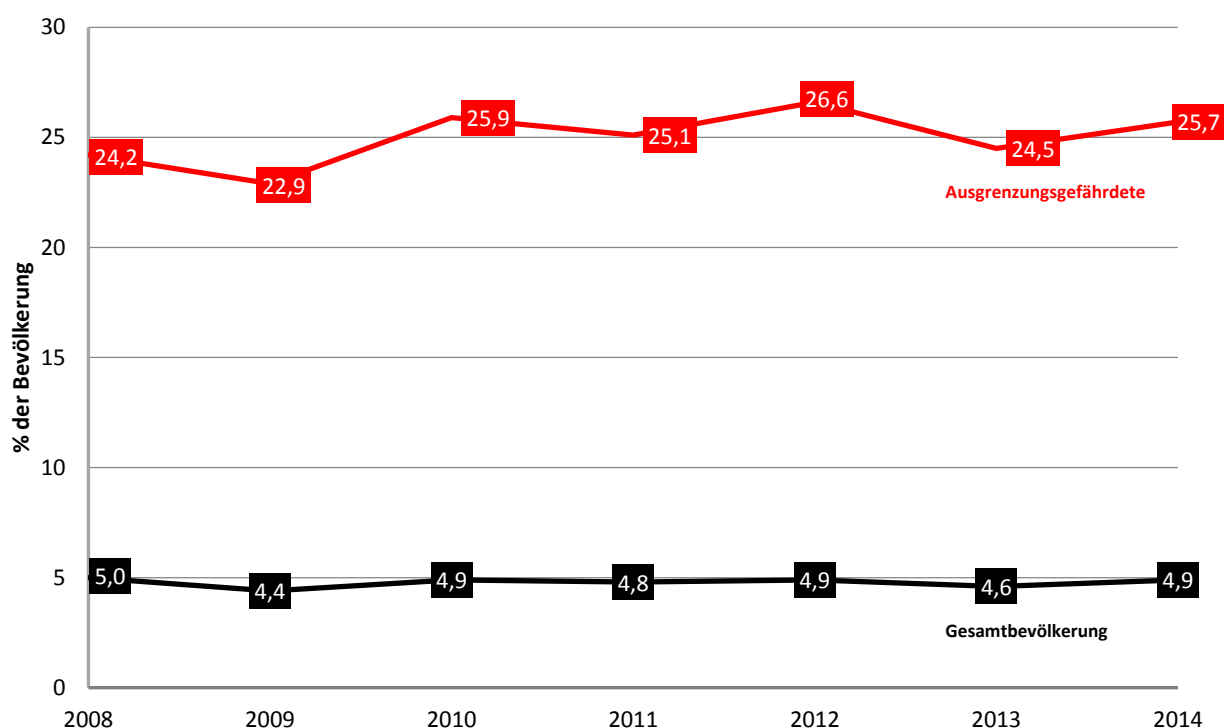
Nationale Einkommensarmutslücke:

Die nationale Einkommensarmutslücke entspricht den zusätzlichen Einkommen, die alle armutsgefährdeten Haushalte benötigen würden, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Zählt man die absoluten Eurobeträge der Einkommenslücken aller Haushalte zusammen, dann ergibt sich ein Gesamtmaß für Intensität und Ausmaß von Armutsgefährdung. Dieser Indikator ist umso höher, je mehr Menschen betroffen sind und je größer ihr Abstand zur Gefährdungsschwelle ist. Die Zahl wird auch als Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr der Erhebung ausgewiesen. Diese Darstellungsweise impliziert, dass sich die relativ zum Bruttoinlandsprodukt berechnete Lücke auch durch größere Wirtschaftsleistung verringern kann. Die Entwicklung von Einkommensveränderungen wird in EU-SILC dabei immer zeitverzögert für das Vorjahr erfasst. Die Lücke für das Jahr 2014 spiegelt somit die Verhältnisse im Jahr 2013 wider. Ein ähnlicher Indikator ist die auf EU-Ebene definierte relative "Armutsgefährdungslücke", die als Medianwert der Einkommenslücke der Armutsgefährdeten in Prozent der Armutsgefährdungsschwelle angegeben wird.

3.3 MANIFESTE ARMUT (MEHRFACH-AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG)

Obwohl sich die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten in Österreich seit dem Jahr 2008 tendenziell verringert hat, war bei der Zahl der manifest armen Menschen in der Gesamtbevölkerung keine statistisch aussagekräftige Veränderung festzustellen. Als manifest arm eingestuft wurden im Jahr 2014 414.000 Menschen bzw. 4,9 Prozent der Bevölkerung.

Abbildung 4: Manifeste Armut



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Auch wenn es insgesamt wenig Veränderungen gab, stechen einige Bevölkerungsgruppen besonders hervor. Bei Frauen erhöhte sich beispielsweise die Quote der manifesten Armut gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich von 4,0 auf 4,7 Prozent. Im Jahr 2008 lag die Quote der manifesten Armut bei Frauen allerdings tendenziell noch höher. Bei den allgemein stark überdurchschnittlich von manifester Armut betroffenen Menschen mit Behinderung war ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen. Waren im Jahr 2012 noch 8,3 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe als manifest arm zu bezeichnen, so hat sich diese Zahl zuletzt wieder auf 11,0 Prozent erhöht. Auffällig ist auch ein Anstieg der manifesten Armut in den größeren Landeshauptstädten Innsbruck, Graz, Linz und Salzburg. Zwischen dem Jahr 2013 und dem Jahr 2014 ist die Quote der manifesten Armut hier von 4,9 Prozent auf 9,7 Prozent angestiegen.

Ein ähnlich starker Anstieg war auch bei Einelternhaushalten zu beobachten. Hier stieg die Quote im Vorjahr von 16,7 Prozent auf 22,6 Prozent.

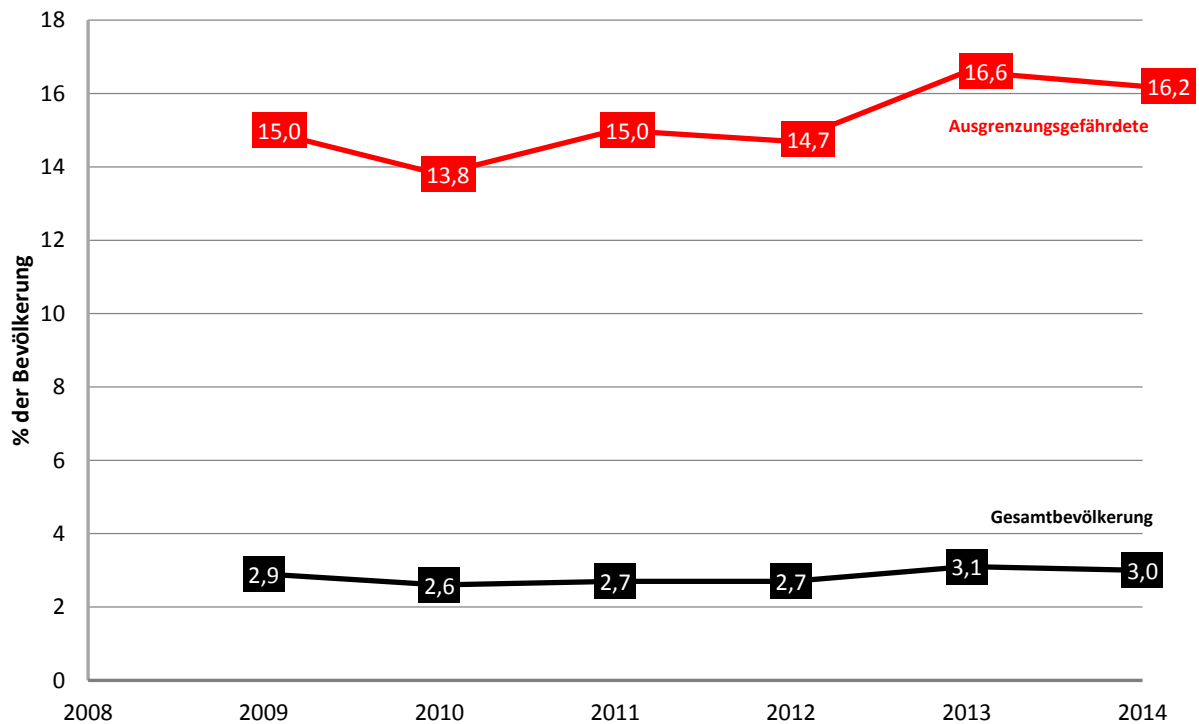
Manifeste Armut:

Indikatoren, die ausschließlich auf das Einkommen abzielen, lassen nur indirekte Schlüsse auf den Lebensstandard zu. Deshalb wurde die Europa 2020 Zielgruppe aus drei einander ergänzenden Kriterien definiert. Neben dem Haushaltseinkommen ist dies die Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder sowie Fragen nach der Leistbarkeit ausgewählter Grundbedürfnisse. Armutsgefährdung betrifft in Österreich rund 1,2 Millionen Menschen, deren Haushaltseinkommen geringer ist als 60 Prozent vom Median (2014: 1.160 Euro). Etwa 585.000 Menschen unter 60 Jahren leben in einem Haushalt ohne oder mit nur sehr niedriger Erwerbsintensität. Das sind solche Haushalte in denen die Personen im Erwerbsalter (18-59) im Laufe des letzten Kalenderjahres maximal 20 Prozent ihres Erwerbspotentials ausgeschöpft haben. Schließlich liegt die Zahl der von erheblicher materieller Deprivation betroffenen Personen bei 336.000. Aufgrund von mehrfachen Benachteiligungen ist die Gesamtzahl der Personen, die zur Zielgruppe gehören, geringer als die Summe dieser drei Kennzahlen. Manifeste Armut bezeichnet eine Lebenssituation in der ein Mensch von zwei oder drei der genannten Kriterien für Ausgrenzungsgefährdung gleichzeitig betroffen ist. Diesen Menschen fehlt die Möglichkeit, das geringe Einkommen mit Erwerbstätigkeit zu verbessern oder durch Ersparnisse bzw. eine sparsame Lebensführung (z.B. aufgrund von Wohnungseigentum oder einer sehr günstigen Miete) zu kompensieren. Mit der letzten Revision der Eingliederungsindikatoren wurde die bisherige nationale Definition für manifeste Armut durch EU-Kriterien ersetzt. Der Begriff wird daher auch synonym mit "Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung" verwendet.

3.4 DAUERHAFT MANIFESTE ARMUT (VERFESTIGTE MEHRFACH-AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG)

Entscheidend ist die zeitliche Perspektive für die Betroffenen, also ob eine Benachteiligung chronisch oder vorübergehend ist. Im Jahr 2014 waren 247.000 Menschen von dauerhaft manifester Armut betroffen. Zwischen 2009 und 2014 hat sich die Zahl jener, die in zumindest zwei aufeinanderfolgenden Jahren von Armutsgefährdung, Erwerbslosigkeit oder Einschränkungen bei Grundbedürfnissen betroffen waren, kaum erhöht. Nach einem deutlichen Anstieg im Jahr 2013 blieb diese Quote auch innerhalb der Gruppe der Ausgrenzungsgefährdeten relativ stabil.

Abbildung 5: Dauerhaft manifeste Armut



Q: Statistik Austria, EU-SILC. Zeitreihenbruch im Jahr 2009 aufgrund der Umstellung auf Verwaltungsdaten im Jahr 2008.

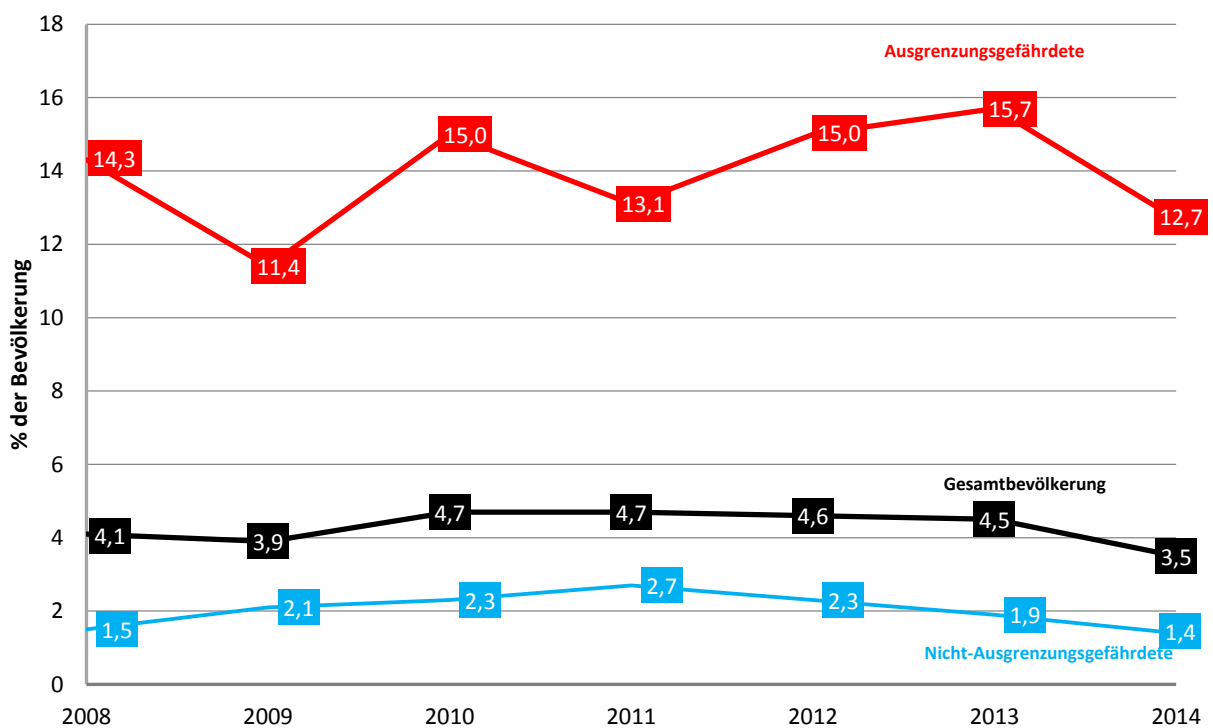
„Dauerhaft manifeste Armut“:

Anteil der Bevölkerung, der seit mindestens zwei Jahren mit zwei oder drei Kriterien der Ausgrenzungsgefährdung konfrontiert ist. Dies sind: Armutsgefährdung, geringe oder keine Erwerbsintensität im Haushalt oder erhebliche materielle Deprivation (siehe auch manifeste Armut). Als Längsschnittindikator erlaubt dauerhafte manifeste Armut eine Unterscheidung chronischer Armuts- und Ausgrenzungsprozesse von vorübergehenden Problemlagen (z.B. bei Studierenden). Der Begriff wird auch synonym mit "verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung" verwendet. Die Datenrevision von EU-SILC impliziert einen Zeitreihenbruch im Jahr 2009.

3.5 WIEDERHOLTE ZAHLUNGSPROBLEME

Ein weiterer Indikator zum Lebensstandard bezieht sich auf die Zahl der Personen mit wiederholten Zahlungsproblemen. Insgesamt waren 3,5 Prozent der Bevölkerung bzw. 298.000 Personen im Jahr 2014 betroffen. Davon zählten 204.000 (68%) zur Europa 2020 Zielgruppe. Die Zahl der insgesamt betroffenen Personen hat sich gegenüber dem Jahr 2013 (373.000 Personen) signifikant verringert. Auffällig ist, dass immer mehr Alleinlebende in wiederholte Zahlungsprobleme geraten. Im Jahr 2008 lag hier der Anteil der Betroffenen bei 3,0 Prozent und hat sich bis zum Jahr 2014 auf 4,7 erhöht.

Abbildung 6: Wiederholte Zahlungsprobleme



Q: Statistik Austria, EU-SILC.

Wiederholte Zahlungsprobleme:

In diesem Indikator berücksichtigt werden finanziell bedingte Rückstände bei regelmäßigen Zahlungen wie Haus- und Wohnungskrediten, sonstigen Krediten, Miet-, Energie- und Betriebskosten. Für diesen Indikator ist maßgeblich, ob solche Rückstände in den letzten zwölf Monaten zwei Mal oder öfter aufgetreten sind. Mit der Revision der Eingliederungsindikatoren löst dieser aus EU-SILC berechnete Indikator die bisher verwendeten Kennzahlen des Kreditschutzverbandes ab, um neben Krediten auch Wohnkosten berücksichtigen zu können. Zusätzlich erlaubt der neue Indikator eine gezielte Auswertung für die Gruppe der Ausgrenzungsgefährdeten.

4. WOHNEN

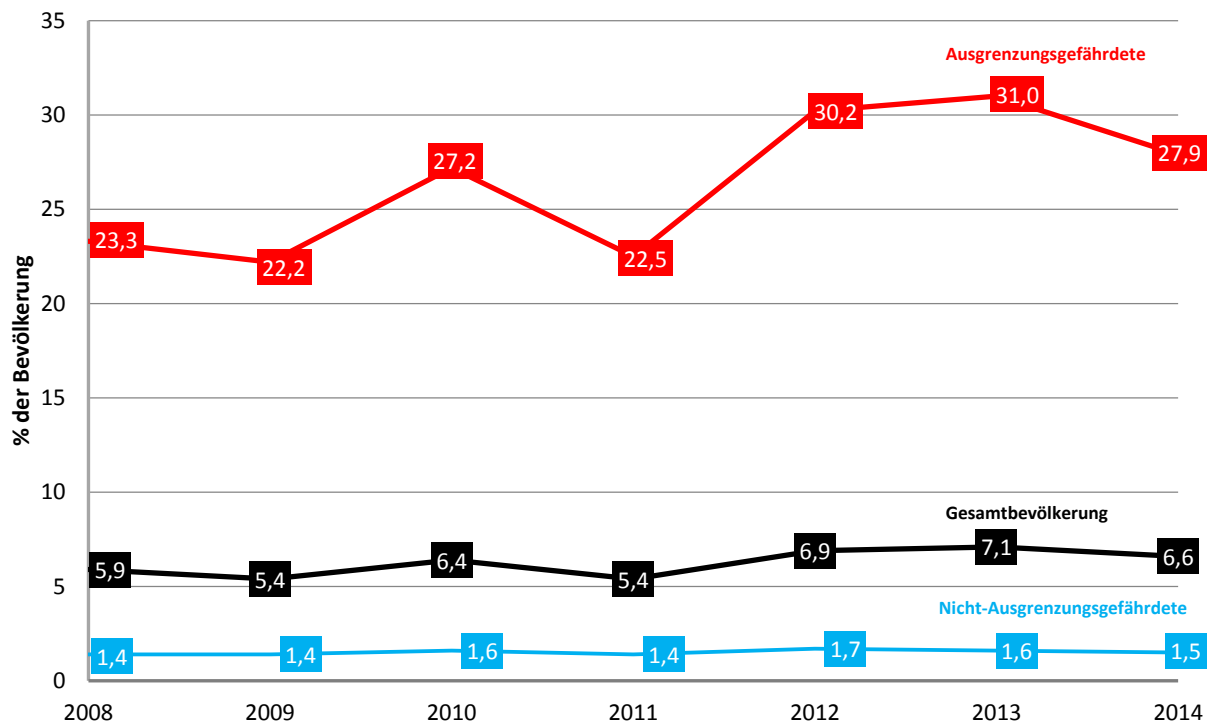
Indikatoren zur Wohnraumversorgung haben in den letzten Jahren eine starke Zunahme der Kostenbelastung der privaten Haushalte angezeigt. Dank der kräftigen Einkommenszuwächse hat sich dieser Trend nun abgeschwächt. Allerdings konzentrieren sich Wohnprobleme weiterhin bei den einkommensschwächsten Personen. Bei den Indikatoren für Überbelag, Wohnkostenanteil und Qualität hatten Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete einen zwei bis drei Mal über dem Durchschnitt liegenden Anteil an Betroffenen. Im Jahr 2014 war die seit 2008 stark steigende Zahl von registrierter Wohnungslosigkeit erstmals deutlich rückläufig. Im gesamten Berichtszeitraum gab es keine signifikanten Polarisierungstendenzen in der Wohnumgebung, die auf zunehmende räumliche Segregation hinweisen würden.

4.1 WOHNKOSTENÜBERBELASTUNG

Der Indikator für Wohnkostenüberbelastung zeigte nach dem Höchststand im Jahr 2013 erstmals im Jahr 2014 wieder eine leichte Verbesserung. Insgesamt waren 551.000 Menschen betroffen, bzw. 6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der weitaus größte Teil dieser Personen zählte zur Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten. Auch innerhalb dieser Gruppe war im Vorjahr tendenziell eine Verbesserung der Wohnkostenüberbelastung zu verzeichnen. Ihre Quote war mit 27,9 Prozent allerdings mehr als vier Mal so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt und liegt weiterhin signifikant über dem Wert des Jahres 2008. Die durchschnittlichen Wohnkosten im Jahr 2014 lagen bei den ausgrenzungsgefährdeten Personen bei 33,8 Prozent des Haushaltseinkommens, verglichen mit 18,1 Prozent für die Gesamtbevölkerung.

Die hier berücksichtigten Wohnkosten enthalten auch Energiekosten. Diese lagen im Jahr 2014 durchschnittlich bei 147 Euro pro Monat bzw. 4,7 Prozent des Haushaltseinkommens, die weiteren 13,4 Prozent entfallen auf Miete bzw. sonstige Wohnkosten. In der Gruppe der Ausgrenzungsgefährdeten lag der Anteil der Energiekosten deutlich höher (7,9% des Einkommens) als bei den nicht ausgrenzungsgefährdeten Personen (4,0% des Einkommens).

Abbildung 7: Wohnkostenüberbelastung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Wohnkostenüberbelastung:

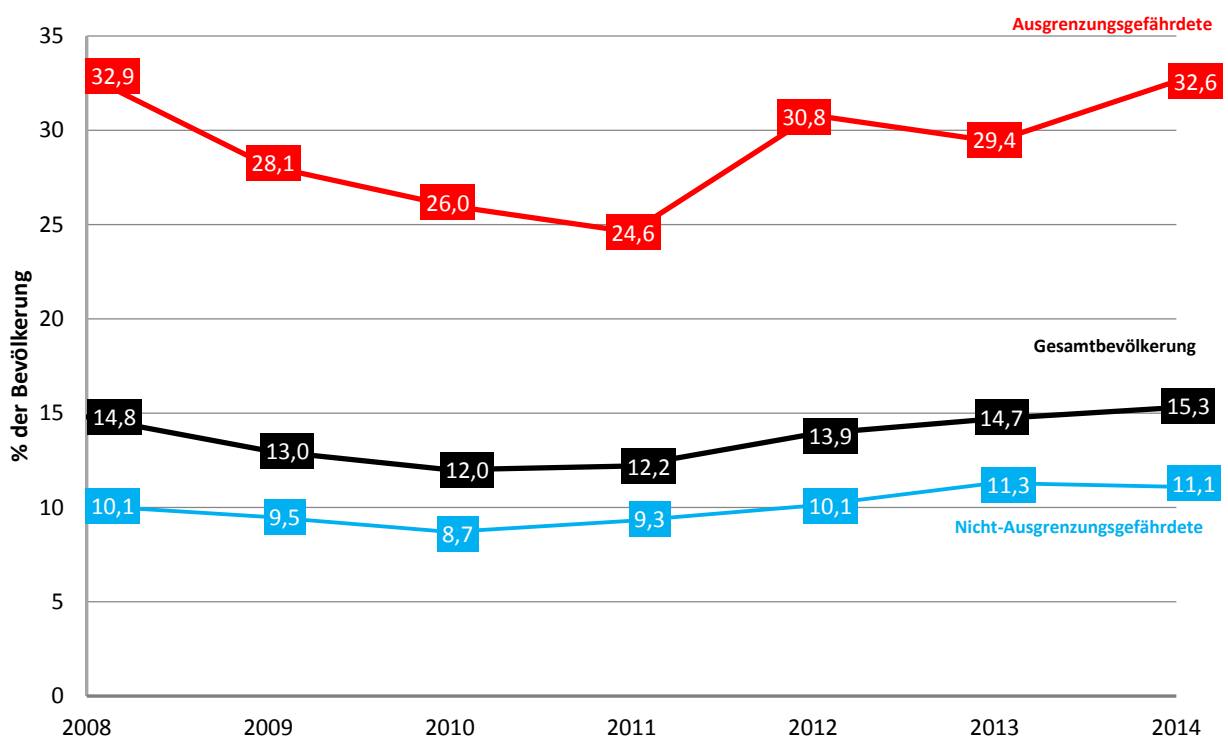
Nach EU-Definition ist die Wohnkostenbelastung spätestens dann kritisch, wenn der gesamte Wohnungsaufwand 40 Prozent des jährlich verfügbaren Haushaltseinkommens übersteigt. Wohn- oder Mietbeihilfen werden in dieser Berechnung vom Wohnungsaufwand abgezogen und auch beim Haushaltseinkommen nicht berücksichtigt. Einbezogen werden alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung (abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen), sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum. Der Indikator berücksichtigt explizit die Entwicklung eines wichtigen Teils der Lebenskosten, die bei der Messung von Armutsgefährdung sonst keine Rolle spielen.

Bis zum Jahr 2012 wurden Energie- und Instandhaltungskosten pro Quadratmeter geschätzt. Die Schätzung basierte auf der Konsumerhebung getrennt nach Rechtsverhältnis und wurde jährlich um die Inflation angepasst. Unterschiede bei Energieverbrauch und -effizienz oder Tarifen werden in diesem Indikator daher erst ab dem Jahr 2012 berücksichtigt. Auswertungen zur Wohnkostenbelastung ohne Energiekosten belegen, dass der Zeitreihenbruch keinen Einfluss auf den im Jahr 2012 beobachteten Anstieg der Wohnkostenüberbelastung hatte.

4.2 ÜBERBELAG

Bis zum Jahr 2011 hatte sich die Belagssituation in der Bevölkerung und insbesondere für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen deutlich verbessert, lag aber nach ebenso kontinuierlichen Verschlechterungen bis zum Jahr 2014 wieder leicht über dem Niveau des Jahres 2008. Zuletzt waren 15,3 Prozent der Gesamtbevölkerung von Überbelag gemäß EU-Definition betroffen, während dieser Anteil bei der Europa 2020 Zielgruppe mit 32,6 Prozent mehr als doppelt so hoch war.

Abbildung 8: Überbelag



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Überbelag

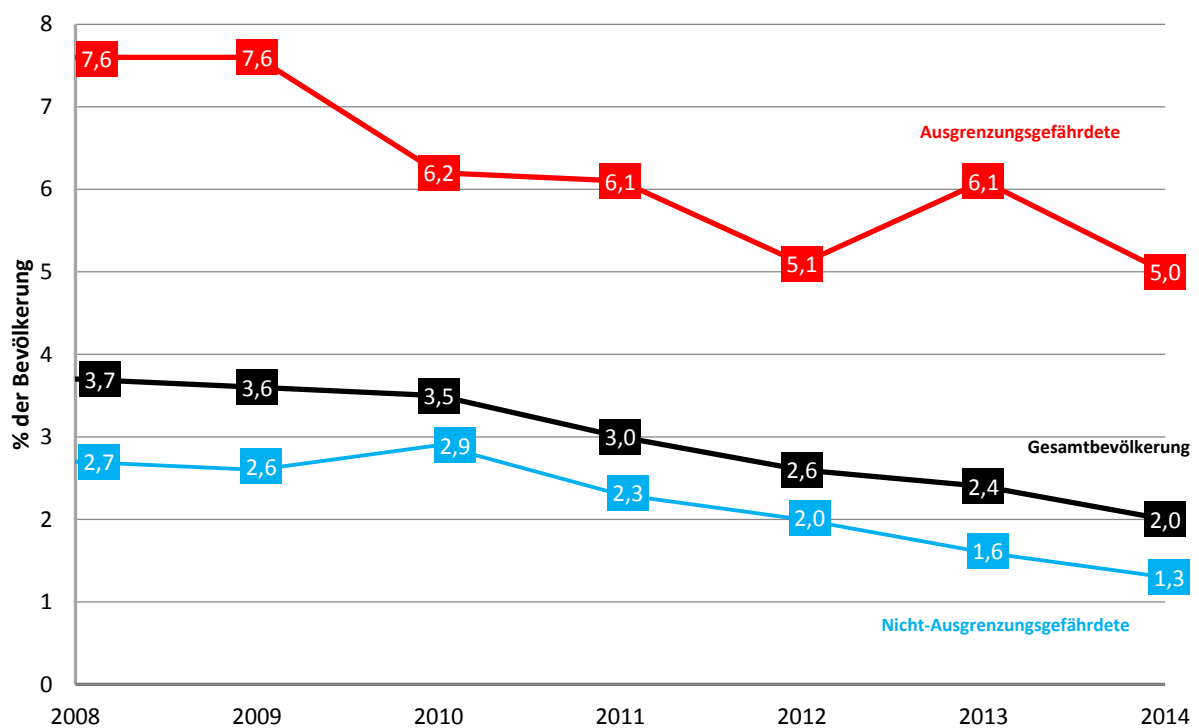
Für die Definition von Überbelag gilt nach EU-Definition folgender Mindestbedarf an Wohnräumen (Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt):

- ein Zimmer je Haushalt;
- ein Zimmer je Paar;
- ein Zimmer je erwachsene Einzelperson;
- ein Zimmer je ein bis zwei 12- bis 17-jährige Mädchen;
- ein Zimmer je ein bis zwei 12- bis 17-jährige Jungen;
- ein Zimmer je ein bis zwei unter 12-Jährige.

4.3. SEHR SCHLECHTER WOHNSTANDARD

Für die Gesamtbevölkerung ist ein langjähriger Trend hin zu einer verbesserten Wohnungsausstattung bzw. Qualität zu bemerken. Im Jahr 2014 waren nur mehr 2,0 Prozent der Gesamtbevölkerung von einer sehr schlechten Wohnsituation betroffen. Die Betroffenheit in der Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten war im Jahr mehr als dreimal so hoch wie bei den nicht Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten, wobei sich die Wohnsituation auch in der Europa 2020 Zielgruppe zuletzt tendenziell verbessert hat.

Abbildung 9: Sehr schlechter Wohnstandard



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Sehr schlechter Wohnstandard

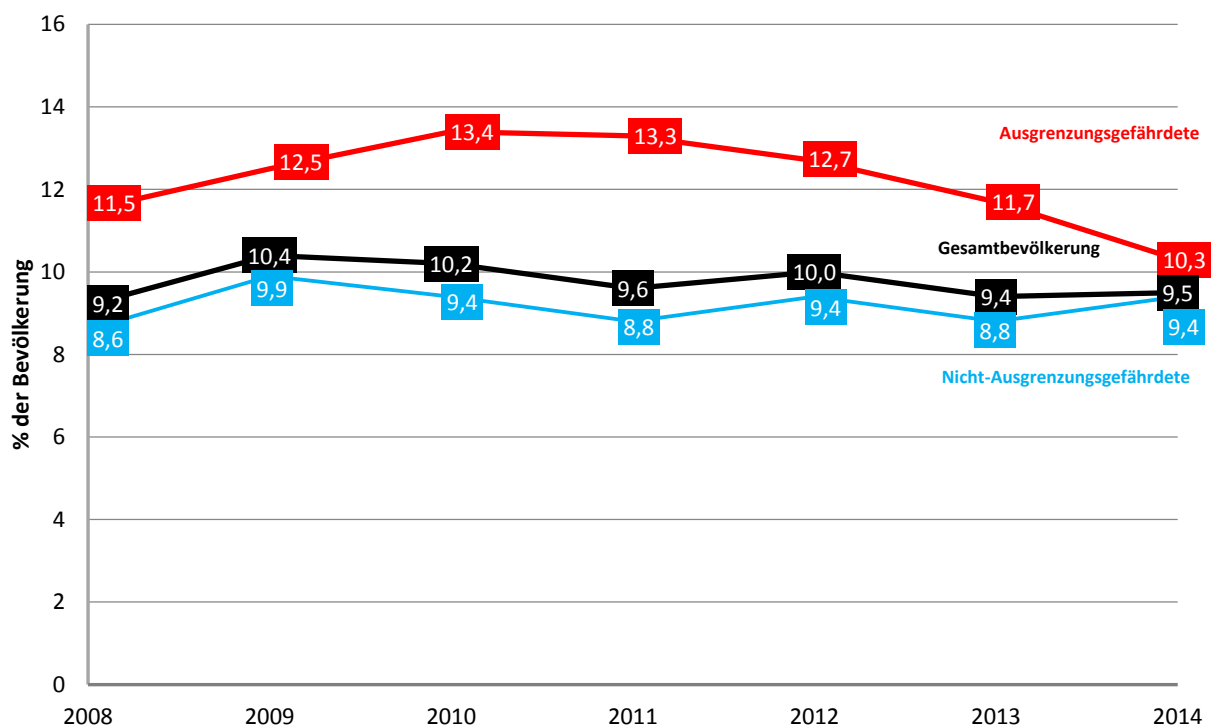
Ein sehr schlechter Wohnstandard liegt vor, wenn zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme bestehen:

- kein WC in der Wohnung (bzw. zum alleinigen Gebrauch);
- kein Badezimmer in der Wohnung;
- Feuchtigkeit, Schimmelbildung;
- dunkle Wohnräume.

4.4. BELASTUNG DURCH WOHNUMGEBUNG

Im Jahr 2014 waren 802.000 Menschen (9,5%) von Kriminalität, Lärm oder Umweltbelastungen in der Wohnumgebung betroffen. Die Quote war für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete tendenziell etwas höher. Die Quoten für Ausgrenzungsgefährdete und nicht Ausgrenzungsgefährdete haben sich in den letzten Jahren allerdings wieder angenähert.

Abbildung 10: Belastung durch die Wohnumgebung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Belastung durch Wohnumgebung:

Die mit EU-SILC darstellbaren Wohnumgebungsbelastungen beziehen sich auf den Anteil der Personen, die mindestens zwei der folgenden Probleme genannt haben:

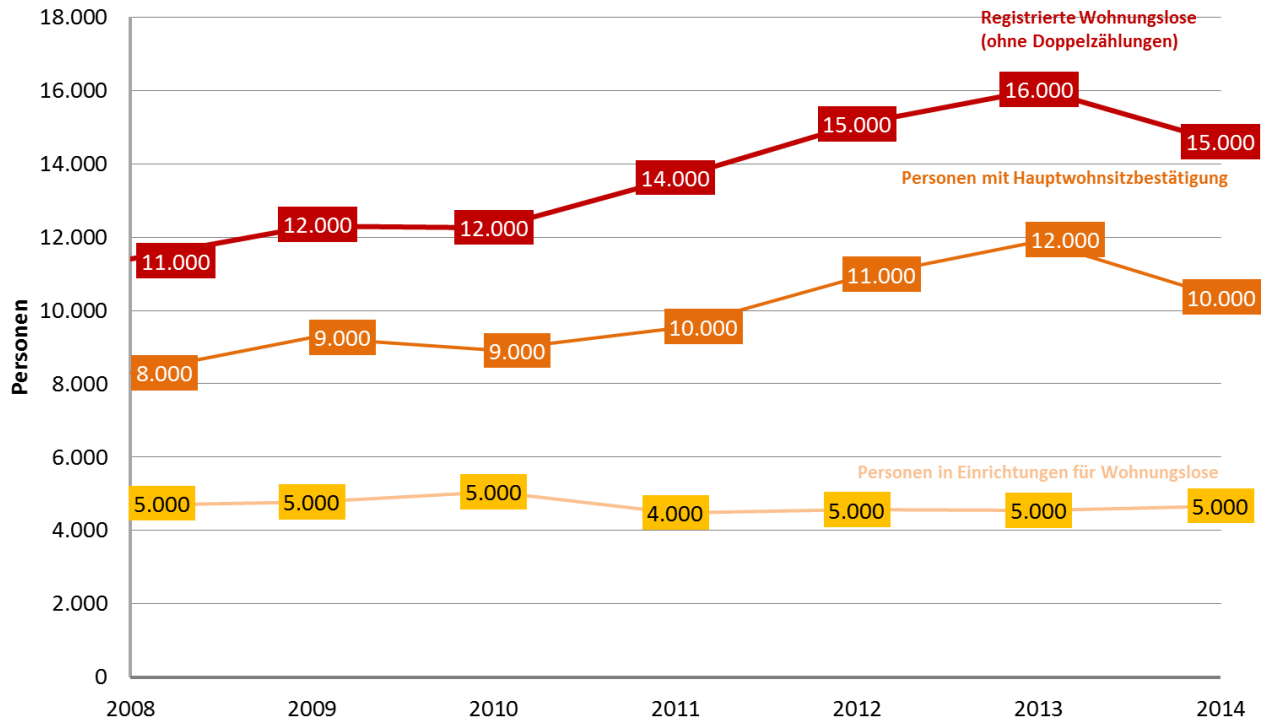
- Kriminalität;
- Lärm;
- Umweltverschmutzung.

4.5. REGISTRIERTE WOHNUNGSLOSIGKEIT

Im Jahr 2014 waren 14.600 Personen als wohnungslos registriert. Das sind um 3.200 Personen mehr als im Basisjahr 2008, wo 11.400 Personen als wohnungslos erfasst waren (plus 28%). Diese Menschen verfügten entweder über einen Vermerk des Obdachlosenstatus (Hauptwohnsitzbestätigung) oder waren in einer Einrichtung für Wohnungslose gemeldet. Die Anzahl der Personen, die in Einrichtungen erfasst wurden, blieb über diesen Zeitraum annähernd unverändert. Dies liegt auch daran, dass in dieser Berechnung neue Einrichtungen für Wohnungslose nicht berücksichtigt werden.

Die vorliegenden Daten belegen einen Rückgang um 1.400 Personen bzw. 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nachdem sich die Dynamik der Jahre 2011 und 2012 bereits im Vorjahr etwas verlangsamt hatte. Der starke Anstieg im Jahr 2012 erfolgte zeitgleich mit der Zunahme von mehrfachen Wohnbelastungen bei Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten. Dies deutet darauf hin, dass Wohnungslosigkeit nicht vollkommen unangekündigt als rein individuelles Phänomen auftritt, sondern in Zusammenhang mit den Entwicklungen des Wohnungs- und Arbeitsmarktes steht. Personen, die im Vorjahr keine Meldung als obdachlos hatten oder nicht in einer der ausgewählten Einrichtungen für Wohnungslose gemeldet waren, können als Neuzugänge aufgefasst werden. Auf Basis der Daten 2013 bis 2014 waren 6.100 Neuzugänge identifizierbar, also deutlich weniger als jene 7.500 Neuzugänge des Jahres 2013. Im Vergleich dazu lag die Zahl der Neuzugänge im Jahr 2008 bei 5.800. Demnach ist die Zahl der Neuzugänge um nur 300 Personen höher als im Jahr 2008. Den jährlichen Neuzugängen steht weiterhin eine große Zahl an Personen gegenüber, denen der Wiedereinstieg in eine gesicherte Wohnsituation gelingt.

Abbildung 11 Registrierte Wohnungslose



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes. Auf volle 100 hundert gerundet.

Registrierte Wohnungslosigkeit:

Für den Indikator wurden Personen mit einer Hauptwohnsitzbestätigung als obdachlos (Meldung mit „O“ im Zentralen Melderegister) und Personen, die in einer von 56 Einrichtungen für Wohnungslose mit Hauptwohnsitz gemeldet sind, zusammengezählt. Jede Person wird jeweils nur einmal pro Jahr gezählt.

Die Daten der Meldungen stammen für jedes Jahr aus vier stichtagbezogenen Abzügen der aus dem Zentralen Melderegister für die Wanderungsstatistik erstellten Statistik des Bevölkerungsstands. Doppelmeldungen von Personen, die während eines Jahres zu mehreren Stichtagen gemeldet waren, wurden auf Grund ihrer bereichsspezifischen Personenkennzahl ausgeschlossen. Die Jahresgesamtzahl beläuft sich im Jahr 2014 auf 10.400 registrierte Obdachlose (Personen mit einer Hauptwohnsitzbestätigung) und 4.700 Personen in Einrichtungen für Wohnungslose. Von den 14.600 Wohnungslosen waren demnach rund 32 Prozent zumindest zu einem der vier Stichtage in einer Einrichtung für Wohnungslose untergebracht. Die genannten Zahlen stellen eine Untergrenze dar, da Meldefälle zwischen den Stichtagen nicht berücksichtigt werden.

Die Anstalten für Wohnungslose wurden aus einer Anstaltsliste der Registerzählung 2011 entnommen, die die Objektnummern der jeweiligen Anstalten enthält. Diese Liste umfasst insgesamt 132 Anstalten für Wohnungslose, darunter befinden sich zehn Anstalten für betreutes Wohnen (z.B. für alte Menschen, Flüchtlinge, Obdachlose); 52 Anstalten, in denen Frauen bzw. Kinder gemeldet sind (d.h. vor allem Frauenhäuser) und 70 Anstalten, die eindeutig für Wohnungslose bestimmt sind. Von diesen 70 Anstalten wurden nur jene 56 Anstalten für die Analyse herangezogen, deren Gebäude ausschließlich als Einrichtung für Wohnungslose genutzt werden. Es ist zu beachten, dass die Anzahl der in Einrichtungen registrierten Wohnungslosen durch die Kapazität gesteuert wird. Gibt es mehr Startwohnungen, so können mehr Übergangswohnplätze an Personen vergeben werden, die sonst auf temporäre Unterbringung in Notschlafstellen angewiesen waren.

Die hier gewählte Methodik unterscheidet sich von der bei der Registerzählung angewendeten Stichtagszählung. Einerseits wurde dort eine größere Anzahl an Anstalten einbezogen. Diese Vorgehensweise macht die Zahl der Wohnungslosen allerdings abhängig vom Wartungsstand dieser Anstaltsliste. Solange keine gezielte Wartung dieser Anstaltslisten möglich ist, ist die hier verwendete reduzierte Anstaltsliste besser für das zeitliche Monitoring geeignet. Andererseits werden in der hier angewendeten Methodik auch Personen einbezogen, die an einem anderen Stichtag als wohnungslos registriert waren (vgl. Bauer, Klapfer 2015).

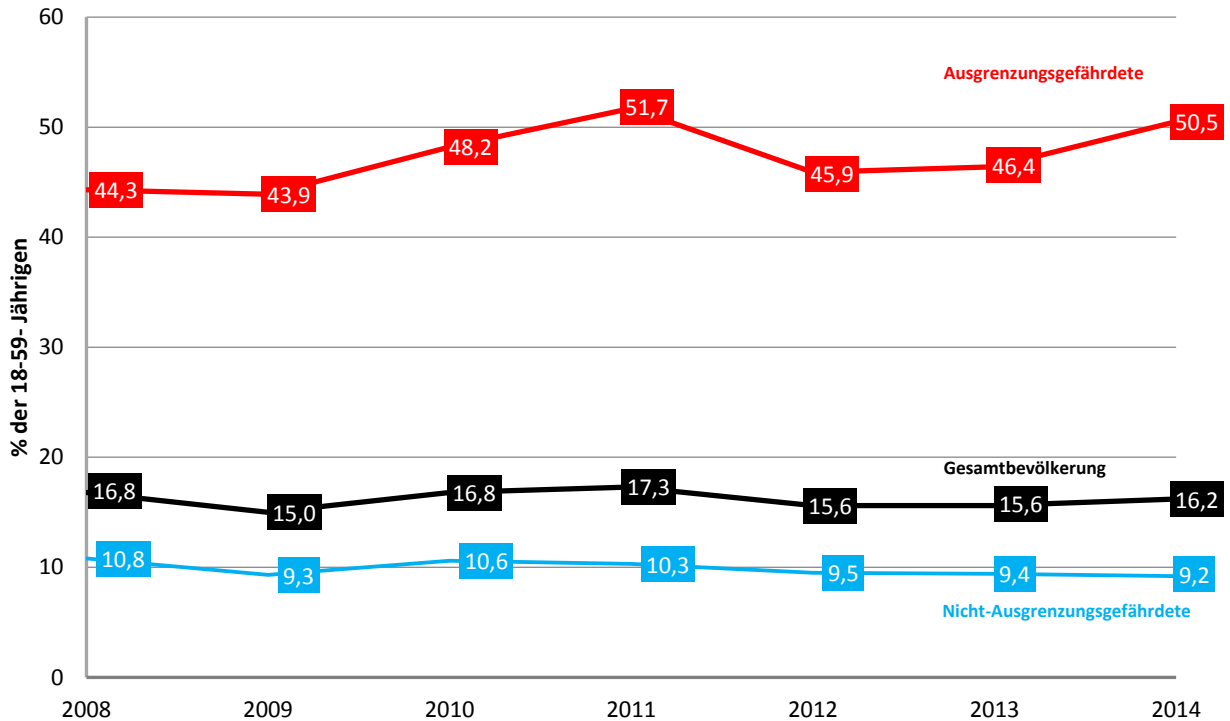
5. ARBEITSMARKT

Die angespannte Arbeitsmarktlage spiegelt sich darin, dass der EU-Indikator für Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität im Jahr 2014 den höchsten bisher gemessenen Stand erreicht hat. Insbesondere der Anstieg von lange andauernder Beschäftigungslosigkeit war seit dem Jahr 2008 ausgesprochen stark und entwickelt sich zu einem zentralen Problem am Arbeitsmarkt. Ein weiteres Problem ist, dass die von ausgrenzungsgefährdeten Personen erzielten Erwerbseinkommen nur selten über die Armutsgefährdungsschwelle reichen. Auch diese Problematik hat sich seit dem Jahr 2008 verschärft. Abgesehen davon, waren die Folgen der Wirtschaftskrise für die Beteiligung am Erwerbsleben in Österreich bisher moderater als in anderen EU-Staaten. Seit dem Jahr 2011 sind bei den anderen Arbeitsmarktindikatoren Verbesserungen erkennbar. Insbesondere der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten ist deutlich zurückgegangen. Die Beteiligung am Erwerbsleben war seit 2008 wechselhaft.

5.1 PERSONEN MIT (FAST) KEINER ERWERBSTÄTIGKEIT

Im Jahr 2014 waren insgesamt 718.000 (16,2%) 18- bis 59-Jährige nicht oder maximal 20 Prozent des Jahres vollzeitbeschäftigt, wobei Pensionsbeziehende und Studierende nicht mitgerechnet sind. Bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in dieser Altersgruppe war die Quote mit 50,5 Prozent mehr als drei Mal so hoch wie im Durchschnitt.

Abbildung 12: Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. Personen von 18-59 Jahren, ohne Studierende und Pensionsbeziehende.

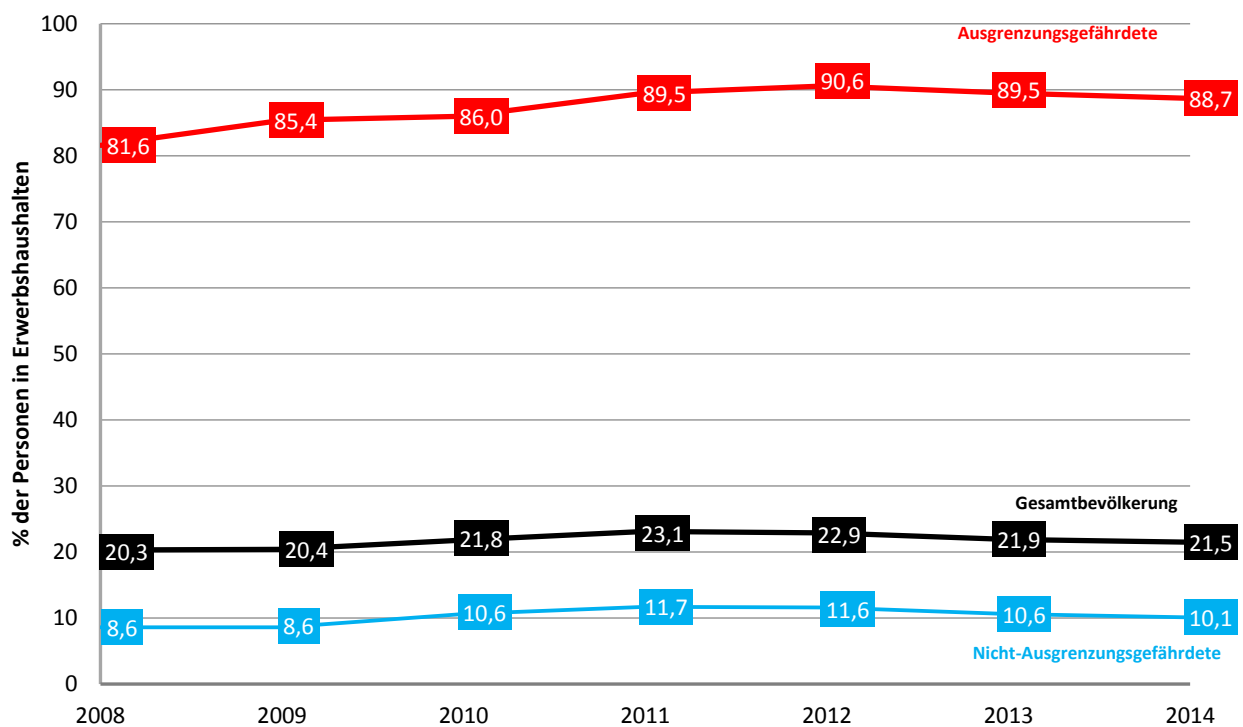
Personen mit (fast) keiner Erwerbstätigkeit:

Diese Quote bezeichnet jenen Anteil von Personen von 18 bis 59 Jahren, die maximal 20 Prozent des Jahres vollzeiterwerbstätig sind. Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz, Studierende und PensionistInnen werden bei der Berechnung nicht einbezogen. Die Definition folgt weitgehend jener für die entsprechende Europa 2020-Zielgruppe, wobei sich der EU-Indikator auf den gesamten Haushalt bezieht. Der österreichische Indikator erfasst hingegen die Einzelpersonen. So werden beispielsweise auch Frauen in die Berechnung einbezogen, die mit einer alleinverdienenden Person zusammenleben und selbst (fast) keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, was bei den EU-Indikatoren nicht der Fall ist.

5.2 HAUSHALTSERWERBSEINKOMMEN UNTER ARMUTSGEFÄHRDUNGSSCHWELLE

Insgesamt 1,3 Millionen Menschen (21,5% der Personen in Erwerbshaushalten) lebten im Jahr 2014 in einem Erwerbshaushalt, dessen Arbeitseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Nach einem signifikanten Anstieg bis zum Jahr 2011 ist diese Zahl in den letzten Jahren wieder tendenziell zurückgegangen. Unter den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist die Quote der Menschen ohne armutsfesten Erwerbseinkommen hingegen angestiegen und lag im Jahr 2014 bei knapp 89 Prozent.

Abbildung 13: Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

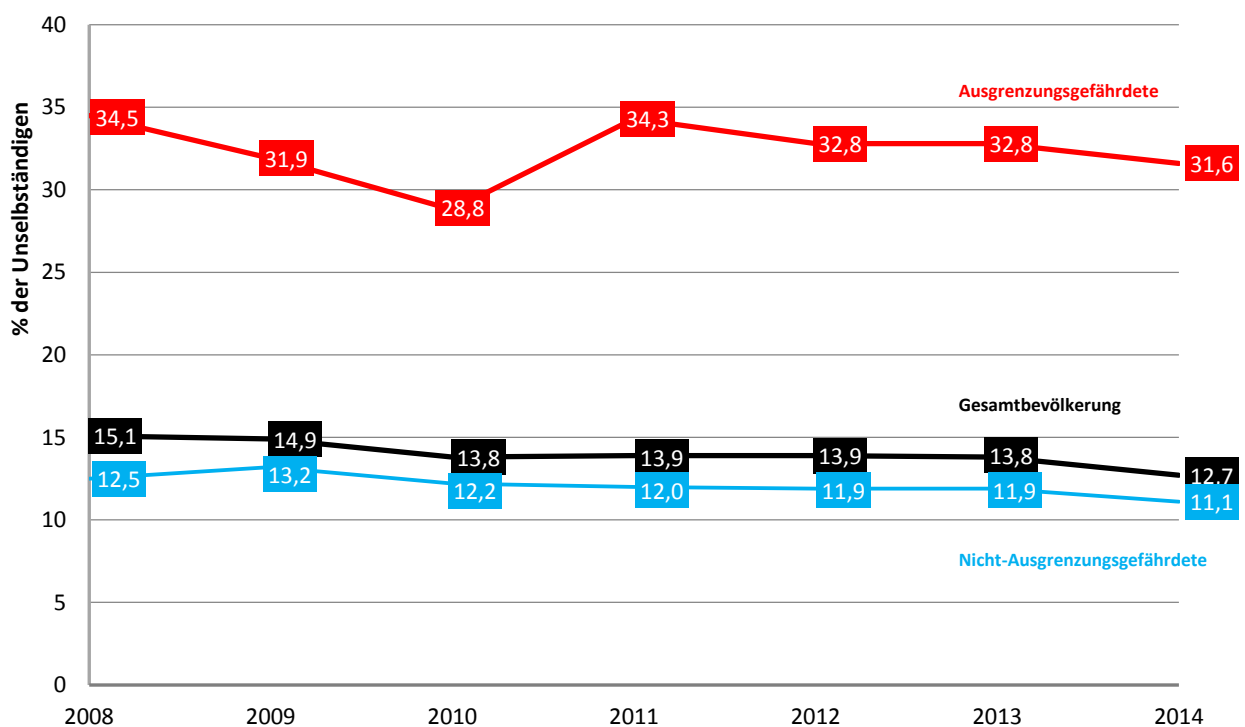
Haushaltserwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle:

Die konventionelle Definition von Armutsgefährdung betrachtet das Gesamteinkommen eines Haushaltes, einschließlich sämtlicher Transferleistungen (z.B. Pensionen und Arbeitslosenleistungen). Ergänzend dazu gibt der Indikator über armutsgefährdendes Erwerbseinkommen Aufschluss darüber, ob Haushalte ohne zusätzliche Transferzahlungen ein Einkommen über der Gefährdungsschwelle erreichen würden. Dabei handelt es sich nicht um die individuellen Erwerbseinkommen, sondern das im Haushalt insgesamt verfügbare Erwerbseinkommen. Familienleistungen, wie Kinderbetreuungsgeld oder Familienbeihilfe werden hierbei zum Erwerbseinkommen hinzugerechnet. Von einem armutsgefährdenden Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit sind mehr Personen als bei den sogenannten "working poor" betroffen, weil vielfach das Gesamteinkommen dieser Haushalte aufgrund anderer Transferleistungen die Armutsgefährdungsschwelle überschreitet. Der Indikator "Armutsgefährdendes Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit" bezieht sich somit auf den Anteil der Personen in Erwerbshaushalten, in denen die Summe der Netto-Erwerbseinkommen plus Familienleistungen im Haushalt geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit. Ausgenommen sind jene Haushalte, die mehr als 50 Prozent des Einkommens aus Pensionen beziehen, sowie alle 18- bis 64-Jährigen in Ausbildung.

5.3 NIEDRIGE STUNDENLÖHNE (UNTER 2/3 DES BRUTTOMEDIANLOHNS)

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bezeichnet Einkommen als niedrig, wenn die nationalen Stundenlöhne geringer als zwei Drittel des nationalen Bruttomedianlohns sind. In diesem Zusammenhang hatten insgesamt 387.000 Personen (bzw. 12,7% der Beschäftigten in Österreich) einen niedrigen Stundenlohn. Bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist dieser Anteil mit 31,6 Prozent mehr als doppelt so hoch. Der Schwellenwert der ILO Definition beträgt in Österreich 2014 pro Arbeitsstunde 9,14 Euro (entspricht bei Vollzeitbeschäftigung einem Bruttomonatslohn von 1.580 Euro 14x).

Abbildung 14: Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

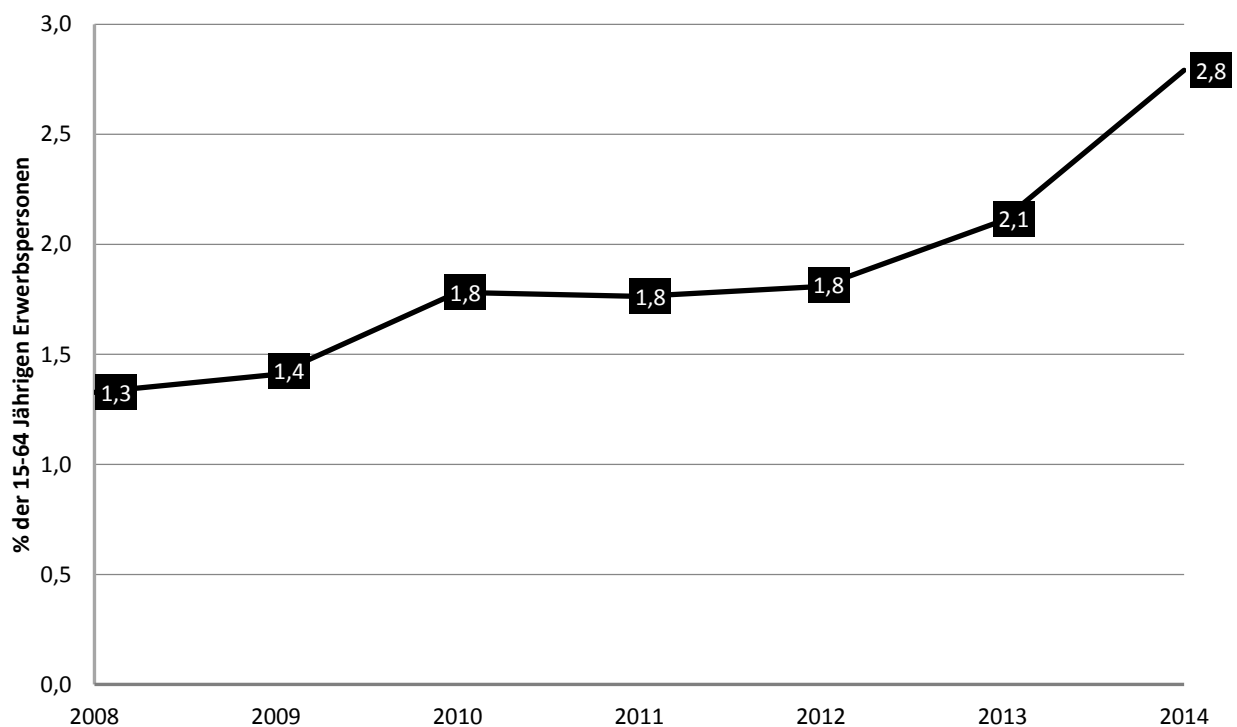
Niedrige Stundenlöhne (unter 2/3 des Bruttomedianlohns):

Die Internationale Organisation für Arbeit (ILO) misst und beurteilt decent work ("anständige Arbeit") unter anderem daran, ob das Erwerbseinkommen pro Stunde zumindest den Schwellenwert von 2/3 des Bruttomedianlohns des jeweiligen Landes übersteigt. In Österreich lag der Schwellenwert 2014 bei 9,14 Euro pro Stunde. Bei 40h-Vollzeitbeschäftigung entspricht das einem Monatslohn von 1.580 EUR brutto, 14 x pro Jahr. In die Berechnung gehen nur unselbständig Erwerbstätige ohne Lehrlinge mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Wochenstunden ein.

5.4 LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSIGKEIT

Laut Arbeitsmarktservice hat die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen von 54.400 im Jahr 2008 auf 119.400 im Jahr 2014 stark zugenommen. Dies entspricht einem Anstieg von 1,3 Prozent auf 2,8 Prozent der 15- bis 64-jährigen Erwerbspersonen.

Abbildung 15: Langzeitbeschäftigungslosigkeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, AMS.

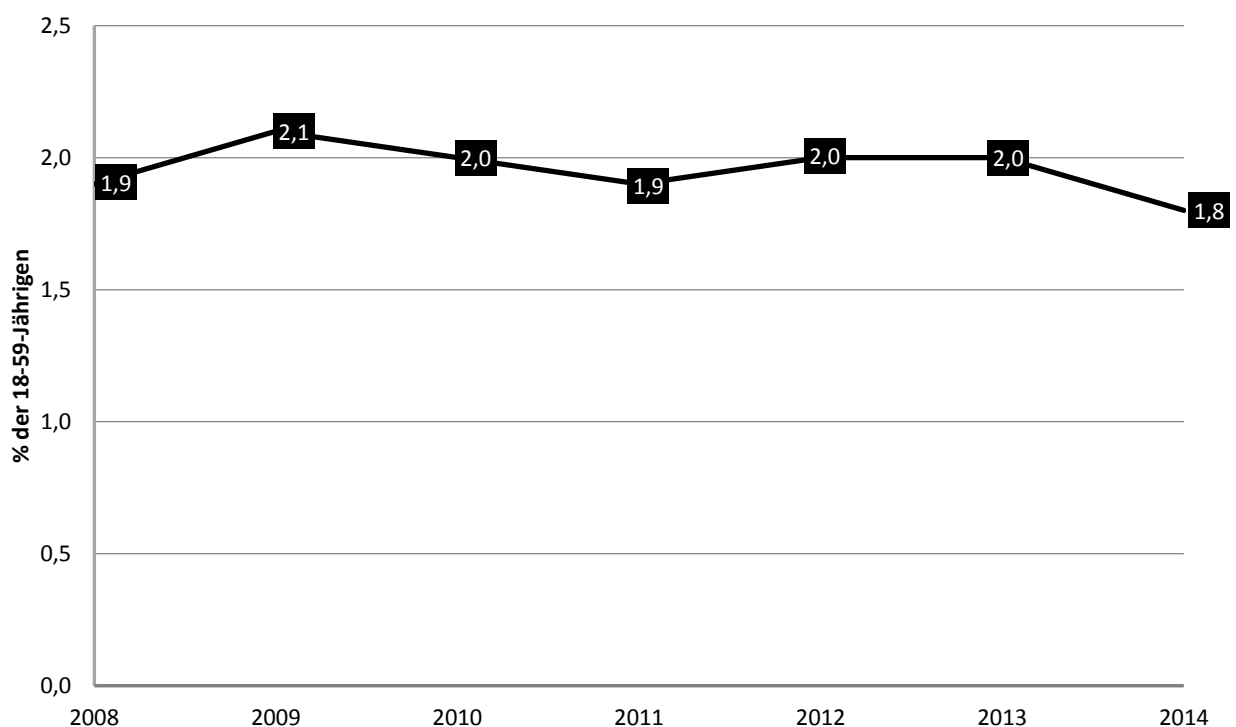
Langzeitbeschäftigungslose:

Gemäß Definition des Arbeitsmarktservice sind das Personen, bei denen die Dauer der registrierten Arbeitslosigkeit, Lehrstellensuche und Schulungsteilnahme 365 Tage überschreitet. Eine Unterbrechung ab 62 Tagen beendet die Langzeitarbeitslosigkeit (längere Krankheit oder Arbeitsaufnahme, AMS-Schulungen zählen nicht als Unterbrechung). Da es sich um Verwaltungsdaten handelt, bei denen alle Personen gezählt werden, auf die die Kriterien des AMS zutreffen, gibt es hierbei keine statistische Schwankungsbreite wie bei den Daten aus EU-SILC. Analysen auf Basis einer Verknüpfung von EU-SILC mit Verwaltungsdaten zeigen, dass mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen zur Europa 2020 Zielgruppe zählen.

5.5 ERWERBSHINDERNISSE DURCH BETREUUNGSPFLICHTEN

83.000 Frauen und 4.000 Männer geben an, durch Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen nicht oder nur in reduziertem Ausmaß erwerbstätig sein zu können. Diese Zahl liegt etwa auf demselben Niveau wie im Jahr 2008 und entspricht 1,8 Prozent der 18-bis 59-jährigen Bevölkerung.

Abbildung 16: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten



Q: Statistik Austria, AMS.

Erwerbshindernisse aufgrund von Betreuungspflichten:

Gemeint sind Frauen und Männer von 18 bis 59 Jahren, die nur teilzeitbeschäftigt oder nicht erwerbstätig sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht. Studierende und Personen in Pension werden nicht berücksichtigt.

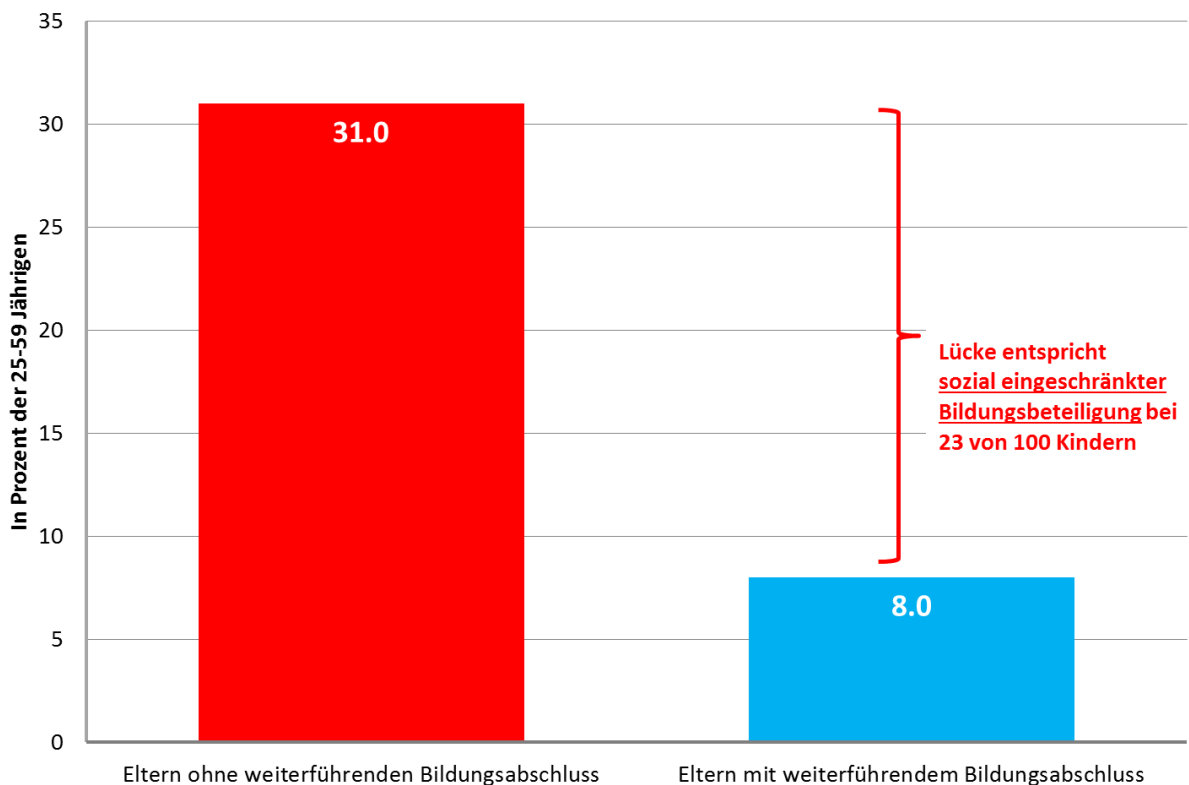
6. STEIGENDE BILDUNGSAKTIVITÄT, DENNOCH ANHALTENDE BILDUNGSUNGLEICHHEITEN

Die Wahrscheinlichkeit einen weiterführenden Bildungsabschluss zu erreichen ist nach wie vor stark vom Bildungsstand der Eltern abhängig. Dennoch ist die Bildungsaktivität seit dem Jahr 2008 allgemein und besonders bei der Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten angestiegen. Ebenso angestiegen ist in diesem Zeitraum der Anteil der unter 5-jährigen Kinder, die einen Kindergarten oder eine Krippe besuchen. In den ersten Jahren der Wirtschaftskrise gab es einen starken Anstieg der sogenannten NEETs-Jugendlichen, das sind 16- bis 29-Jährige, die weder Arbeit haben, noch in Ausbildung sind. Seit dem Jahr 2010 ist diese Problemgruppe wieder kleiner geworden.

6.1 SOZIAL EINGESCHRÄNKTE BILDUNGSMOBILITÄT

Aufgrund der in Österreich seit den 1970er Jahren kontinuierlich steigenden Bildungsbeteiligung besitzt heute bereits der weitaus größte Teil der Bevölkerung einen weiterführenden Schulabschluss. Allerdings ist noch immer eine Benachteiligung für jene Personen nachweisbar, deren Eltern selbst keinen weiterführenden Schulabschluss erlangt haben - jedenfalls in der Gruppe der heute 25- bis 59-Jährigen. Demnach erreicht fast ein Drittel der Kinder aus bildungsfernen Familien keinen weiterführenden Schulabschluss, während dies nur für 8 Prozent der Kinder aus Familien mit zumindest einem Elternteil mit weiterführendem Abschluss der Fall ist.

Abbildung 17: Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss nach Bildungsstand der Eltern



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2011.

Sozial eingeschränkte Bildungsmobilität:

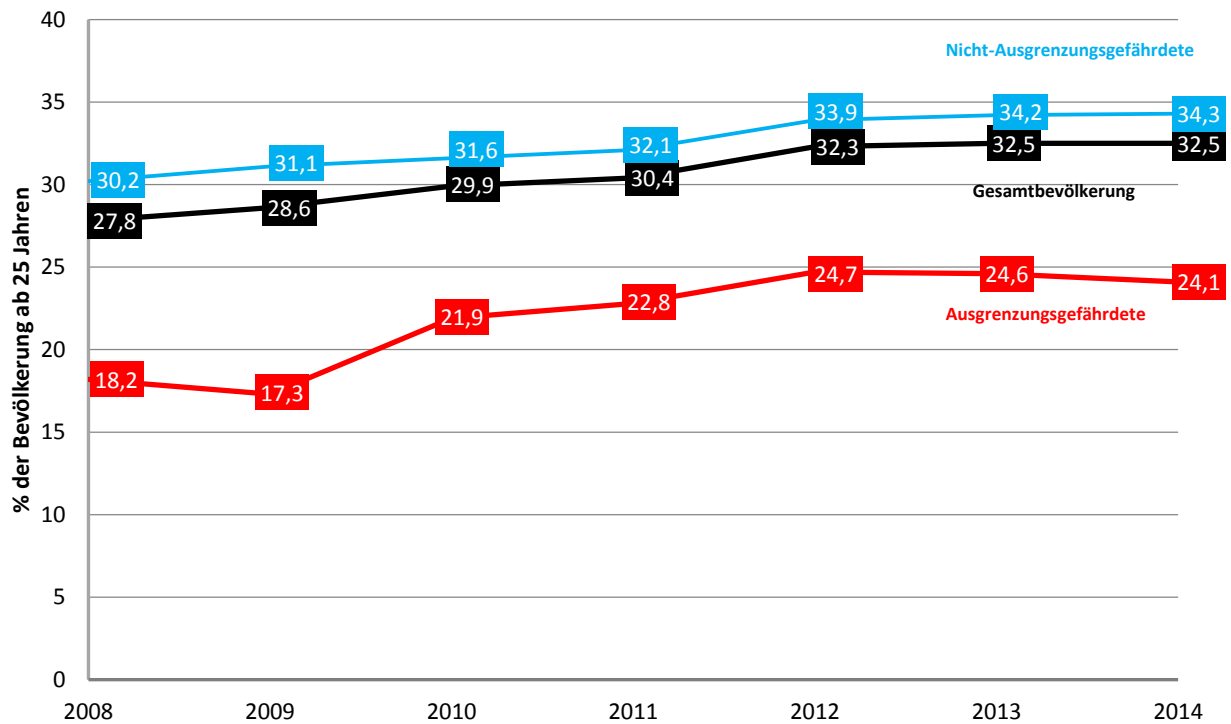
Um Bildungsmobilität zu messen, wird der erreichte Bildungsstand mit jenem der Eltern verglichen. Eingeschränkte Bildungsmobilität besteht dann, wenn keine weiterführenden Ausbildungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden.

Im Rahmen eines speziellen EU-SILC Moduls zur intergenerationellen Vererbung von Armut wurde unter anderem der Bildungsstand der Eltern erhoben. Laut EU-SILC beträgt der Abstand zwischen 25-59 Jährigen aus bildungsfernen Familien und Personen deren Eltern eine weiterführende Ausbildung absolviert haben 23,0 Prozentpunkte.

6.2 BILDUNGSAKTIVITÄT

Im Jahr 2014 gab es nahezu 2 Millionen Menschen ab 25 Jahren (32,5%), die in den letzten 12 Monaten einen Kurs oder eine Ausbildung besucht haben. Gegenüber dem Jahr 2008 ist die Zahl der Bildungsaktiven um 330.000 angestiegen, allerdings gab es seit dem Jahr 2012 keinen weiteren Anstieg mehr. Bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten war der Anteil der Bildungsaktiven deutlich geringer und lag bei 24,1 Prozent.

Abbildung 18: Bildungsaktivität



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Bildungsaktivität:

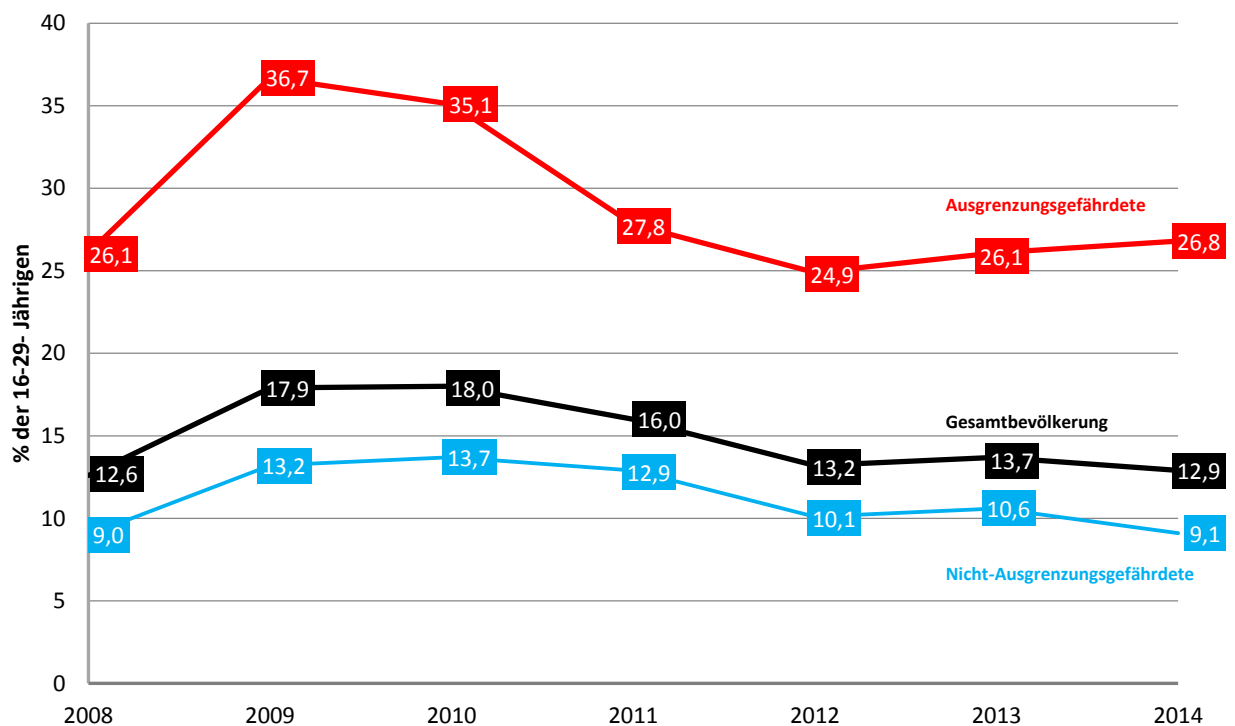
Der österreichische EU-SILC Fragebogen "Bildungsaktivität" möglichst breit und beinhaltet schulische und berufliche Aus- oder Weiterbildung als auch freizeitbezogene Kurse:

- formale Bildungsaktivitäten im Vorjahr: darunter fallen Schule, Berufsschule, Universität oder Fachhochschule;
- berufsbezogene Aus- oder Weiterbildung im Vorjahr: gefragt wird nach berufsbezogener Aus- oder Weiterbildung, Teilzeitkursen, Kurzseminaren und Praktika;
- Freizeitaktivitäten und -kurse: gefragt wird nach Kursen, Lehrgängen oder Workshops, deren Inhalte sich auf Freizeitaktivitäten oder Hobbies bezogen haben. Darunter fallen zum Beispiel Sprachkurse, Musikunterricht, Tenniskurse, Fahrschule usw.

6.3 JUGENDLICHE OHNE AUSBILDUNG ODER ARBEIT (NEETS)

Im Jahr 2014 lag die Zahl der 16- bis 29-jährigen Jugendlichen, die in den letzten sechs Monaten weder in Ausbildung standen, noch Arbeit hatten bei 192.000 (12,9%). Zwischen den Jahren 2008 und 2010 war diese Zahl sprunghaft um 85.000 angestiegen. Seitdem ist wieder ein Rückgang auf den Wert des Jahres 2008 feststellbar.

Abbildung 19: Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit (NEETs):

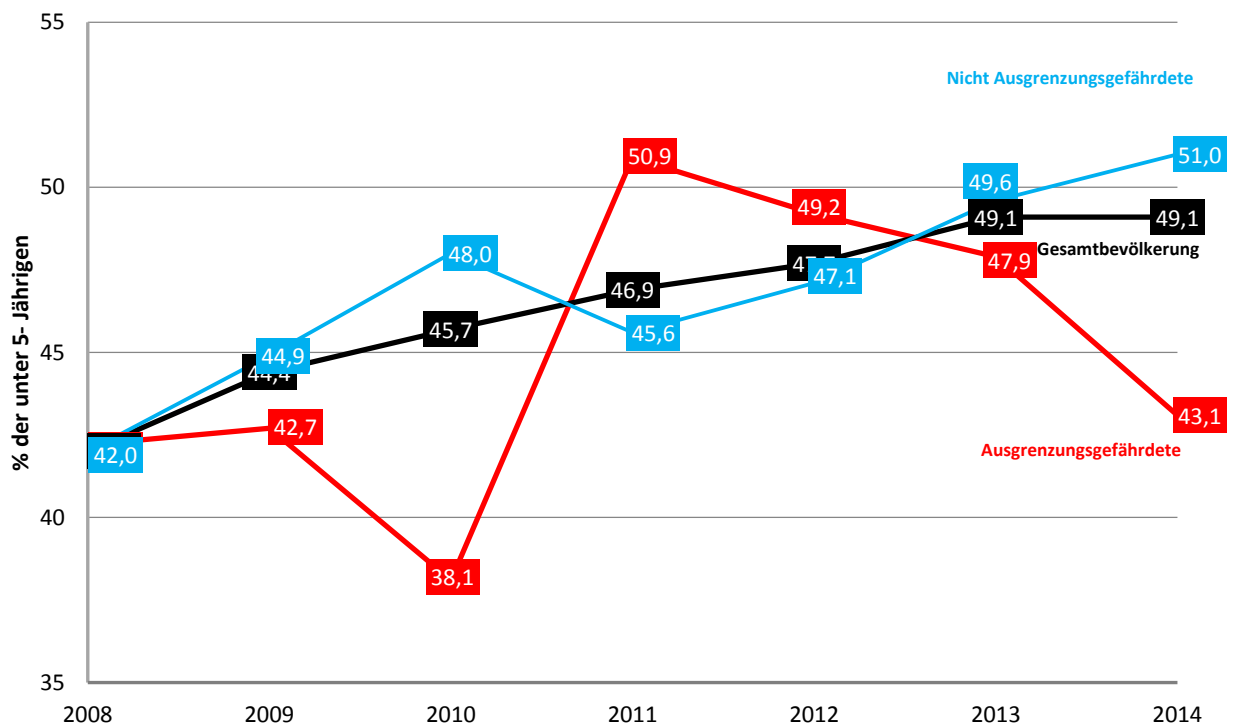
Der Indikator orientiert sich an einer Studie von Eurofound (Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen): NEETs sind Personen zwischen 16 und 29 Jahren, die über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten im letzten Kalenderjahr weder in Ausbildung noch in Erwerbstätigkeit waren (Selbstdefinition der Hauptaktivität). Als Datengrundlage dient hier EU-SILC, wodurch die Möglichkeit einer Darstellung für die Europa 2020 Zielgruppe besteht.

Diese Definition unterscheidet sich von einer gängigen Eurostat-Definition (LFS), die sich auf die Referenzwoche und die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen bezieht. Studien zeigten, dass die Lebenssituation dieser in Österreich knapp 70.000 Jugendliche (7%) umfassenden Gruppe sehr heterogen ist (vgl. Eurofound 2012, Bacher et al. 2014). Als problematisch haben sich vor allem lange andauernde Perioden der Beschäftigungslosigkeit erwiesen, weshalb für die nationalen Indikatoren ein Zugang verfolgt wird, der die Dauer dieses Zustandes explizit berücksichtigt.

6.4 BESUCH VON VORSCHULISCHEN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Deutlich erhöht haben sich im Betrachtungszeitraum 2008 bis 2014 die Besuchsquoten vorschulischer Bildungseinrichtungen. In der Gruppe der unter 5-Jährigen waren 2014 195.000 Kinder (49,1%) in Einrichtungen dieser Art. Die Vorschulbildungsquote hat sich gegenüber dem Jahr 2008 um 7,6 Prozentpunkte bzw. 28.000 Kinder erhöht. Die EU-SILC Daten deuten zwar auf eine tendenziell etwas geringere Vorschulbildungsquote innerhalb der Europa 2020 Zielgruppe hin, die Unterschiede sind jedoch statistisch nicht signifikant.

Abbildung 20: Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Kindertagesheimstatistik.
Der sprunghafte Anstieg bei Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten im Jahr 2011 ist inhaltlich nicht interpretierbar.

Vorschulbildungschancen:

Vorschulbildungschancen beziehen sich auf Kinder, die bereits vor Beginn der Schulpflicht bzw. dem verpflichtenden Kindergartenjahr einen Kindergarten (ab 5 Jahre), eine Kinderkrippe oder alterserweiterte Betreuungseinrichtung besuchen. Die Besuchsquote wird in Bezug auf alle 0-4 jährigen Kinder berechnet. Die Gesamtzahl für jedes Jahr basiert auf der Kindertagesheimstatistik. Diese wird ergänzt durch eine Gliederung der Besuchsquoten für die Europa 2020 Zielgruppe auf Grundlage einer Schätzung aus EU-SILC. Die statistische Schwankungsbreite liegt für diese Gruppe mit plus minus 10 Prozentpunkten allerdings relativ hoch. Die in EU-SILC insgesamt erfasste Gesamtbesuchsquote wurde an die entsprechenden Ergebnisse der Kindertagesheimstatistik angepasst und weist keine Schwankungsbreite auf. Die Anpassung ist auch aufgrund unterschiedlicher Definitionen notwendig. Der Stichtag der Kindertagesheimstatistik ist jeweils der 9. September, während EU-SILC die Betreuungssituation von Kindern zum Zeitpunkt der Erhebung erfasst. Diese beginnt im Frühjahr und erstreckt sich teilweise in den Sommer, wo viele Einrichtungen geschlossen sind. Gerade bei Krippenkindern wurden daher bei EU-SILC bedeutend weniger Kinder gezählt, als in der Kindertagesheimstatistik. Der Besuch einer vorschulischen Bildungseinrichtung kann den späteren Bildungserfolg beeinflussen. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die für die Chancen am Arbeitsmarkt erforderliche Betreuung von Kindern auch außerhalb von Betreuungseinrichtungen (z.B. durch Verwandte, Tagesmütter, Babysitter) erfolgt.

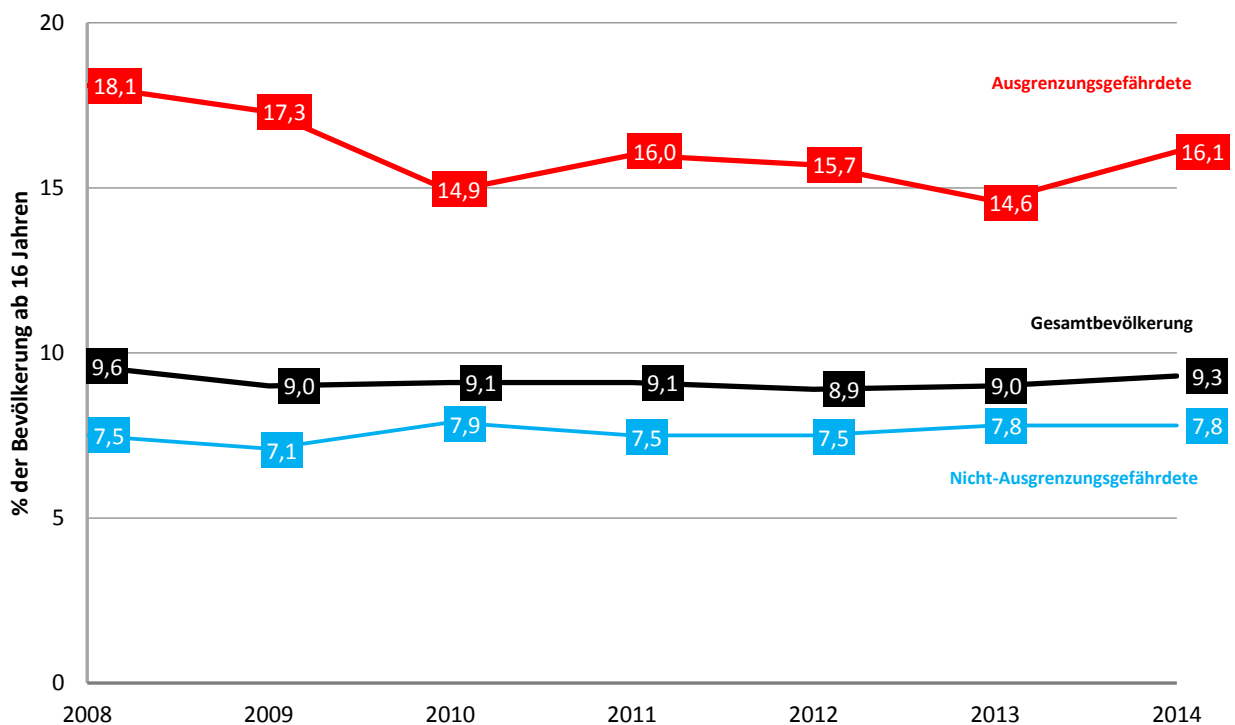
7. SOZIALE UNTERSCHIEDE BEI GESUNDHEIT

Gesundheit und Lebensdauer bleiben in Österreich weiterhin von der sozialen Lage abhängig. Die Unterschiede haben sich jedoch reduziert. Für Ausgrenzungsgefährdete war in den letzten Jahren eine deutliche Besserung der Gesundheitssituation feststellbar.

7.1 MEHRFACHE GESUNDHEITSEINSCHRÄNKUNGEN

Im Jahr 2014 waren insgesamt 662.000 Menschen ab 16 Jahren (9,3%) mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt. Obwohl die Bevölkerung im Durchschnitt älter und damit anfälliger für Erkrankungen wird, hat sich diese Zahl kaum verändert bzw. war tendenziell rückläufig. Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete waren im gesamten Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger betroffen (2014: 16,1%), allerdings hat sich der Abstand in den letzten Jahren deutlich verringert.

Abbildung 21: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Mehrfache Gesundheitseinschränkungen:

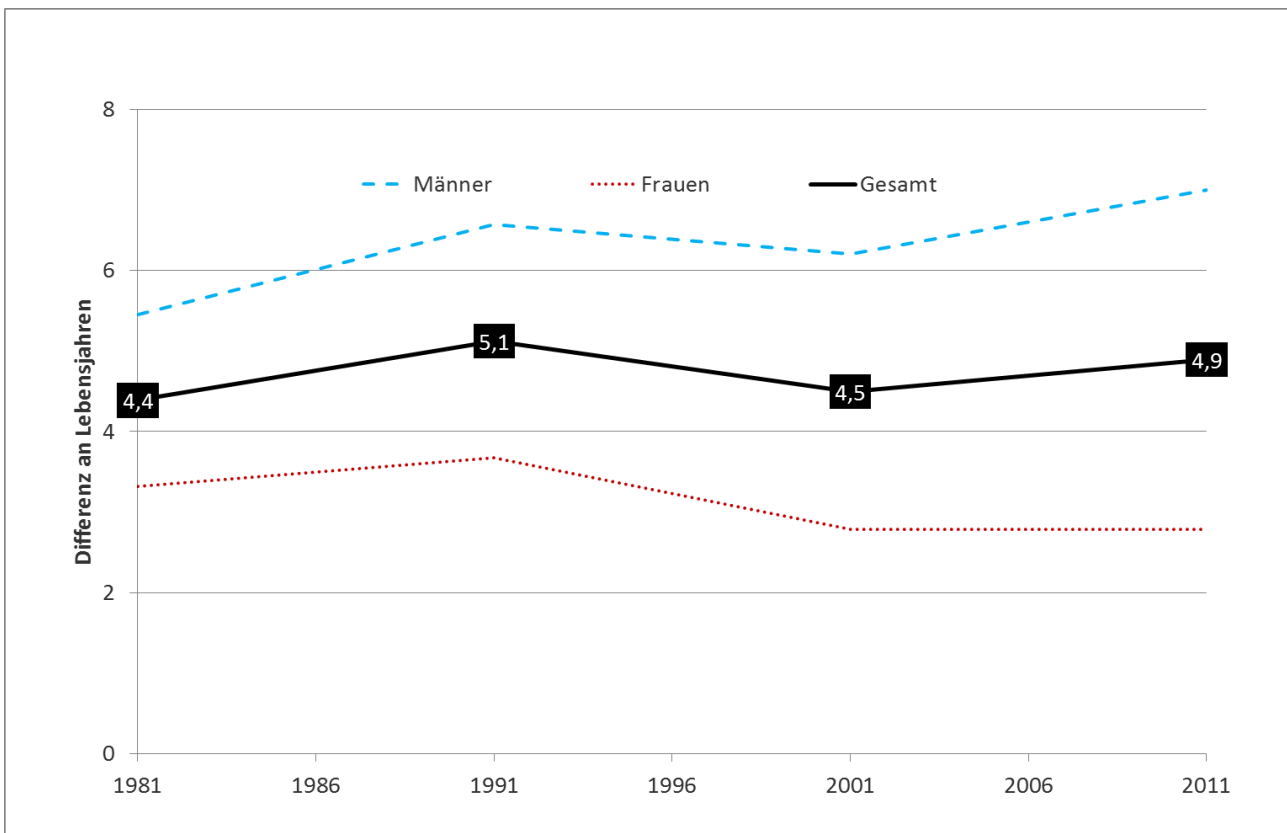
Personen gelten als mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt, wenn auf sie mindestens zwei der drei Merkmale „sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand in der subjektiven Einschätzung“, „chronische Krankheit“ oder „starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr“ zutreffen. In der Erhebung von EU-SILC 2008 wurden die Fragestellungen zum Bereich „Gesundheit“ an die Gesundheitsbefragung (AT-HIS) angepasst. Das Ziel der Harmonisierung der Erfassung des Gesundheitszustands war neben der Angleichung der Messung in den verschiedenen Ländern auch die Angleichung an die europäische Gesundheitsbefragung (EHIS).

7.2 SOZIALE LEBENSERWARTUNGSDIFFERENZEN

Zwischen dem Jahr 1981 und dem Jahr 2011 war für alle Bildungsschichten eine deutliche Zunahme der erwarteten Lebensdauer feststellbar. Allerdings haben bei den Männern höhere Bildungsschichten überdurchschnittlich von der steigenden Lebenserwartung profitiert. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein 35-jähriger Mann mit Hochschulbildung 90 Jahre oder älter wird, lag im Jahr 2006 bei 28,2 Prozent. Diese Wahrscheinlichkeit ist bis zum Jahr 2011 um dreieinhalb Prozentpunkte auf 31,7 Prozent angestiegen. Demgegenüber ist die Überlebenswahrscheinlichkeit für Männer gleichen Alters, die keinen weiterführenden Schulabschluss besitzen, von 13,5 Prozent nur um einen Prozentpunkt auf 14,5 Prozent angestiegen (vgl. Klotz, Asamer 2014). Bei Frauen ist die Überlebenswahrscheinlichkeit allgemein wesentlich höher und die bildungsbezogenen Unterschiede sind geringer. Im Jahr 2011 lag die Wahrscheinlichkeit, mindestens 90 Jahre alt zu werden, bei Hochschulabsolventinnen , bei 39,4 Prozent, im Vergleich zu 29,9 Prozent bei Frauen ohne weiterführenden Schulabschluss. Der Anstieg gegenüber dem Jahr 2006 lag bei 1,4 bzw. 1,7 Prozentpunkten.

Das unterschiedliche Sterberisiko der Bildungsschichten ist am anschaulichsten darstellbar, wenn daraus unterschiedliche Lebenserwartungen berechnet werden. Gemäß den Daten der letzten Registerzählung im Jahr 2011 ist bei 35-jährigen Männern mit Pflichtschulbildung die Lebenserwartung um 7,0 Jahre kürzer als bei Männern mit Hochschulabschluss. Für Frauen beträgt der Unterschied 2,8 Jahre. Insgesamt bedeutet dies, dass Menschen mit einem Hochschulabschluss im Durchschnitt um 4,9 Jahre länger leben als Menschen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben. Bei Daten aus dem Jahr 2006 lag dieser mittlere Unterschied bei nur 4,5 Lebensjahren.

Abbildung 22: Differenz der ferneren Lebenserwartung mit 35 Jahren zwischen Personen mit Hochschul- oder Pflichtschulabschluss (1981/82-2011/12)



Q: Statistik Austria Bildungsbezogene Sterbetafeln.

Soziale Lebenserwartungsdifferenzen:

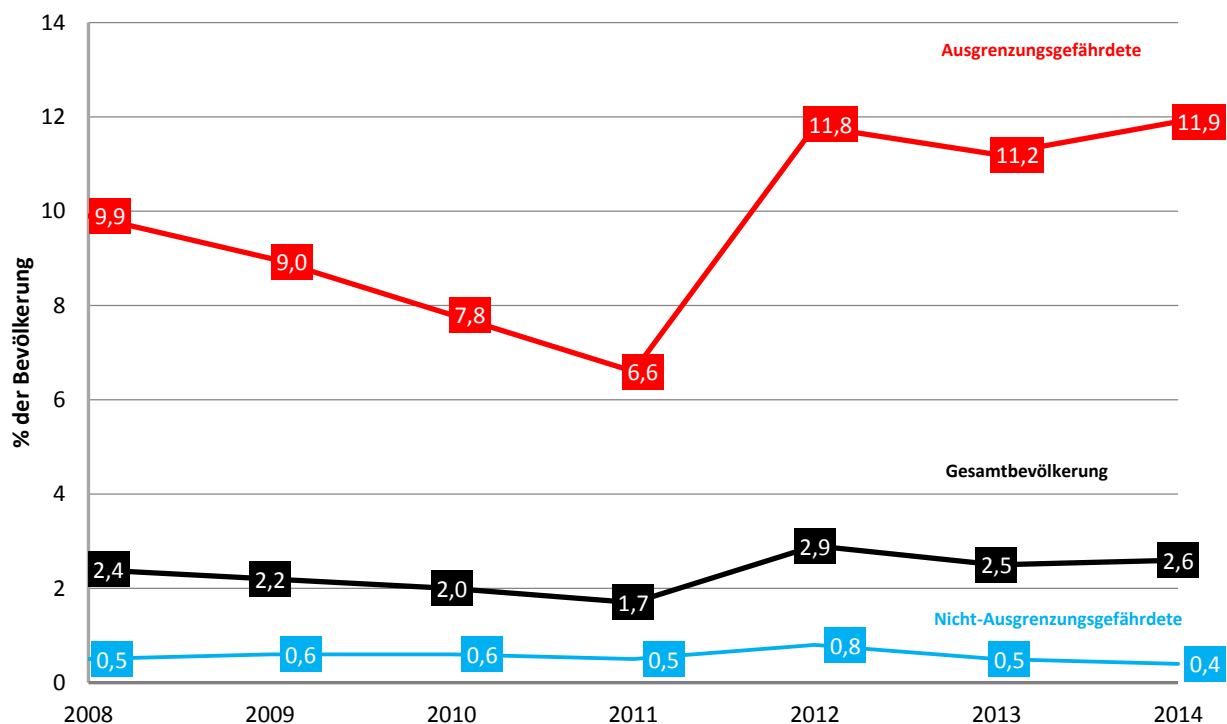
Abstand (in Jahren) zwischen der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Hochschulbildung und der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Pflichtschulbildung (gerechnet ab dem 35. Geburtstag). Die Berechnung erfolgt auf Basis von Periodensterbetafeln getrennt nach Geschlecht. Unterschiede in der ferneren Lebenserwartung zwischen verschiedenen Bildungsniveaus können nur in größeren Zeitabständen berechnet werden (vgl. Klotz, Asamer 2014).

8. ANHANG

8.1 ÜBERBLICKSINDIKATOR "MEHRFACHE WOHNBELASTUNG"

Wohnintegration bedeutet in einem allgemein leistbaren Wohnraum in ausreichender Größe und Ausstattung zu leben. Einigung über einen Überblicksindikator für Wohnintegration, der diese miteinander verbundenen Einzelindikatoren ersetzt (vgl. Till 2005), konnte in der Österreichischen Plattform gegen Armut bisher nicht erzielt werden. Mehrfache Wohnbelastung in mindestens zwei der drei genannten Bereiche ist daher eine Ergänzung des eigentlichen Indikatorensets. Im Jahr 2014 waren 219.000 Personen bzw. 2,6 Prozent der Gesamtbevölkerung von mehrfachen Wohnbelastungen betroffen. Dieser Wert hat sich gegenüber dem Jahr 2008 nicht signifikant verändert. Für Personen in der Europa 2020 Zielgruppe war diese Entwicklung aber keineswegs gleichförmig. Zunächst gab es zwischen 2008 und 2011 eine kontinuierliche Entspannung, die insbesondere durch eine deutliche Verbesserung der Belagsituation bedingt war. Im Jahr 2012 ist die Zahl der Betroffenen wieder angestiegen und liegt heute wieder etwas über dem Ausgangsniveau im Jahr 2008.⁵

Abbildung 23: Mehrfache Wohnbelastung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

⁵

Mehrfache Wohnbelastung:

Die isolierte Betrachtung von Belagssituation, Wohnqualität und -umgebung einerseits und Wohnkosten andererseits ist problematisch. Eine Verbesserung der Wohnungsqualität hat in der Regel eine zunehmende Kostenbelastung zur Folge. Somit kann jeder Aspekt für sich genommen unzureichend für eine gesamthafte Beurteilung der Wohnsituation sein. Ein möglicher Ansatz besteht daher darin, die Zahl jener Menschen zu ermitteln, die gleichzeitig in mindestens zwei dieser Bereiche von Benachteiligungen betroffen sind. Nach Eurostat-Definitionen lebten im Jahr 2014 1,3 Millionen Menschen (15,3 %) in einer überbelegten Wohnung und es waren insgesamt 551.000 Menschen (6,6%) von Wohnkostenüberbelastung betroffen. Gleichzeitig lebten 170.000 Menschen (2,0%) in einer Wohnung mit sehr schlechtem Ausstattungsstandard, wobei sich diese Situation seit dem Jahr 2008 kontinuierlich verbessert hat. Zieht man jene Menschen ab, die nur von einem dieser Problembereiche betroffen waren, bleiben 219.000 Menschen, die mit mehrfachen Wohnbelastungen konfrontiert waren. Davon waren wiederum 37 Prozent von einer schlechten Ausstattung der Wohnung bzw. 70 Prozent von außerordentlichen Wohnkosten betroffen. Der größte Teil dieser Personengruppe war von Überbelag betroffen (96%).

8.2 ZUM ZUSAMMENHANG VON MORTALITÄT UND ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG

Ergänzend zu dem in Österreich bereits etablierten Indikator zur Lebenserwartung nach Bildungsstand, können in diesem Bericht erstmals auch Unterschiede in der Sterblichkeit für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen dargestellt werden. Vor allem bei Männern ist der Zusammenhang signifikant. Für 25- bis 84-jährige Männer in der Europa 2020 Zielgruppe war das Sterberisiko in den Jahren 2008-2013 1,66 Mal so hoch wie für nicht-ausgrenzungsgefährdete Personen. Bei den Frauen war die sogenannte "Übersterblichkeit" bei Ausgrenzungsgefährdung geringer (1,21) und zudem statistisch nicht signifikant. Die Verknüpfung von EU-SILC mit Sterbefällen zeigt weiterhin eine Zunahme des Sterberisikos mit jedem Lebensjahr um rund 10 Prozent.

Tabelle 6 Relatives Sterberisiko in der Europa 2020 Zielgruppe

	Männer	Frauen
Alter bei Befragung (metrisch)	1,096 ***	1,111 ***
Nicht ausgrenzungsgefährdet (Referenzkategorie)	1,000	1,000
Ausgrenzungsgefährdet	1,661 ***	1,211

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-13 verknüpft mit Sterbefällen.
* p<0,05 ** p<0,01 *** p<0,001.

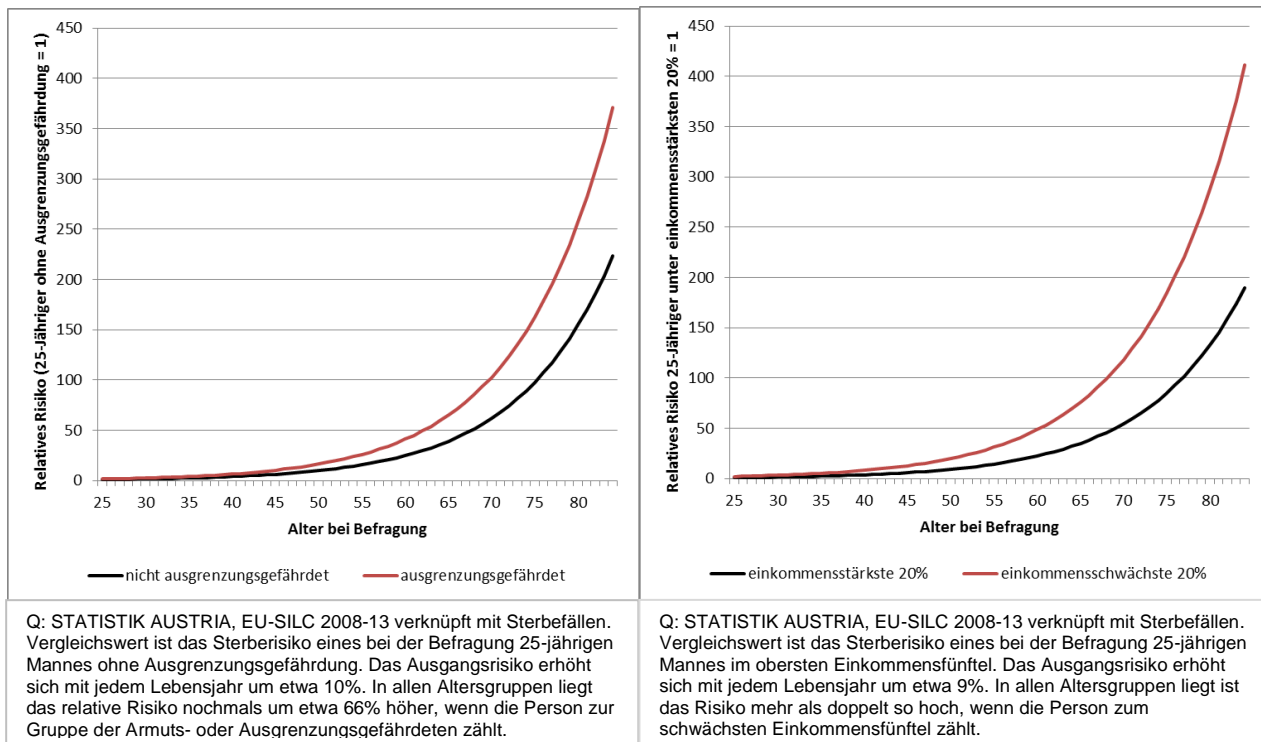
Noch stärker fallen die Unterschiede der Sterblichkeit aus, wenn man hohe und niedrige Einkommensgruppen gegenüberstellt: In der Gruppe der Einkommensschwächsten 20 Prozent haben Männer ein 2,16 Mal so hohes Sterberisiko wie die Einkommensstärksten 20 Prozent. Bei den dazwischen liegenden Einkommensgruppen ist das Sterberisiko zwischen 1,53 und 1,75 Mal so hoch wie bei den Einkommensstärksten 20 Prozent. Bei Frauen sind die Effekte wesentlich schwächer.

Tabelle 7 Relatives Sterberisiko nach Einkommensgruppen

	Männer	Frauen
Alter bei Befragung (metrisch)	1,093 ***	1,109 ***
Einkommensschwächste 20%	2,164 ***	1,422
Zweitschwächste 20%	1,737 **	1,200
Mittlere 20%	1,530 *	1,108
Zweitstärkste 20%	1,745 **	1,167
Einkommensstärkste 20% (Referenzkategorie)	1,000	1,000

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-13 verknüpft mit Sterbefällen.
* p<0,05 ** p<0,01 *** p<0,001.

Abbildung 24: Relative Sterberisiken von Männern nach Einkommen und Ausgrenzungsgefährdung



Sterberisiken für die Europa 2020 Zielgruppe:

Zur Schätzung von armutsbezogenen Sterberisiken für Österreich mussten EU-SILC Daten um die Information ergänzt werden, ob eine befragte Person in einem bestimmten Zeitraum nach der Befragung überlebt hat oder verstorben ist.

Die Verknüpfung mit den Gestorbenenendaten der Standesfallstatistik erfolgte anonymisiert auf Basis des bereichsspezifischen Personenkennzeichens "amtliche Statistik" (bPK_AS). Die Analyse wurde auf Personen beschränkt, die bei der Befragung 25-84 Jahre alt waren. Einerseits sind Sterbefälle unter 25 Jahren generell selten und vor allem auf das erste Lebensjahr konzentriert. Andererseits erfasst EU-SILC keine Menschen in Anstaltshaushalten, sodass die Repräsentativität der Stichprobe für hochaltrige Personen stark eingeschränkt ist. Aus den Erhebungen der Jahre 2008-2013 standen nach Ausschluss von fehlenden Werten bzw. nicht verknüpfbaren Fällen Daten für 23.501 Personen (11.142 Männer und 12.359 Frauen) zur Verfügung. Vom Zeitpunkt ihrer Befragung bis zum 31.12.2013 haben 22.816 Personen überlebt und 685 sind verstorben (399 Männer und 286 Frauen).⁶

Für jede dieser Personen wurde die Verweildauer in Jahren zwischen der Befragung und dem 31.12.2013 bzw. dem Todesdatum errechnet. Das Sterberisiko wurde für Frauen und Männer getrennt modelliert in Abhängigkeit von dieser Verweildauer sowie dem Alter und armutsbezogenen Merkmalen. Aus den Parametern des Modells

⁶ Für etwa 2,5 Prozent aller Sterbefälle ist das bPK_AS nicht bekannt. Die 685 verknüpfbaren Fälle sind also als Untergrenze anzusehen, die tatsächliche Sterbefallzahl dürfte gut 700 betragen.

kann der sogenannte Hazard-Quotient berechnet werden. Dieser zeigt, wie sich die geschätzte Sterberate verändert, wenn sich jeweils einer dieser Erklärungsfaktoren ändert.⁷ Referenzperson ist eine 25-jährige Person.

Neben den Hazard-Quotienten werden auch approximative Signifikanzniveaus angegeben, die unter der vereinfachenden Annahme einer einfachen Zufallsauswahl berechnet wurden. Eine Vernachlässigung von Klumpeneffekten der Haushaltsstichprobe ist aufgrund der nach Geschlecht getrennt durchgeführten Erstanalyse vertretbar. Bei weiterführenden Analysen sollten aber für Hochrechnung und Varianzschätzung präzisere Verfahren entwickelt werden.

Um Effekte sozialer Ungleichheit weiter zu differenzieren, wären die Effekte weiterer Kontrollvariablen zu modellieren. Beispielsweise könnte untersucht werden, ob Effekte der sozialen Benachteiligung durch Bildung oder Gesundheitszustand entstehen. Sollten bei einem solchen Modell weiterhin Armutseffekte nachweisbar sein, wäre dies ein Hinweis darauf, dass bei einem gegebenen Bildungsniveau oder Gesundheitszustand der Zugang zur Gesundheitsversorgung unterschiedlich ist. Aufschlüsse darüber könnten sich mittelfristig auch aus Auswertungen für spezifische Todesursachen ergeben. Auch die Veränderungen der sozial bedingten Sterblichkeit über die Zeit wären zu untersuchen. Für einige dieser vertiefenden Analysen ist die Anzahl an Sterbefällen zu gering. Allerdings können umso mehr Beobachtungsfälle in der Analyse einbezogen werden, je länger diese Stichprobe beobachtet wird. Beabsichtigt ist, die geschätzten Sterberisiken bei weiterführenden Analysen auch als Unterschiede in Jahren an der Lebenserwartung auszuweisen.

⁷ Die Modellierung wird bezeichnet als Cox' Proportional-Hazards-Regression. Die Implementierung des Modells erfolgt in SAS, Version 9.3, mit der Prozedur PHREG.

9. LITERATUR

Bacher, J./ Braun, J./ Burtscher-Mathis S./ Dlabaja, C./ Lankmayer, T./ Leitgöb, H./ Stadlmayr, M./ Tamesberger, D. (2014): Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe "NEET" In: Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 17. Wien.

Bauer, A./ Klapfer, K. (2015): Wohnungslosigkeit in Österreich. Abgestimmte Erwerbsstatistik 2012. Registerbasierte Statistiken. Haushalte, Schnellbericht 10.22. Statistik Austria. Wien.

BKA (2012): Nationales Reformprogramm Österreich 2012. Abrufbar unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=47619> (29.11.2012).

Eurofound (2012): Young people and NEETs in Europe: First findings. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Dublin.

Klotz, J./ Asamer, E.-M. (2014): Bildungsbezogene Sterbetafeln 2006/2007 sowie 2011/2012. Statistische Nachrichten 3/2014, S 209-214.

Lamei, N./ Angel, S./ Heuberger, R./ Oismüller, A./ Glaser, T./ Göttliger, S./Kafka, E./Skina-Tabue, M. (2015a): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. In: Sozialbericht 2013-2014. Resortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. S 337-368. BMASK. Wien.

Lamei, N. / Glaser, T./ Göttliger, S./ Heuberger, R./ Oismüller, A./ Riegler, R./ Greußing, E. (2015b) Lebensbedingungen in Österreich – ein Blick auf Erwachsene, Kinder und Jugendliche sowie (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdete. Statistik Austria. Wien.

Lamei, N./ Till, M./ Plate, M./Glaser, T./Heuberger, R./ Kafka, E./Skina-Tabue, M. (2013). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2011. BMASK. Wien.

Till-Tentschert, U./ Till, M. / Glaser, T./Heuberger, R./ Kafka, E./Skina-Tabue, M. (2011). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. In: Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 8. Wien.

Till, M. (2005): Assessing the Housing Dimension of Social Inclusion in six European Countries. Innovation: The European Journal of Social Science Research 18/2, S 153-181.